

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steindrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vlergespaltene Zeitspalte oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Ein Beitrag zur Lehrlingsfrage.

In den letzten Monaten ist die Frage der Erziehung der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge Gegenstand eifriger Diskussionen gewesen. Heiße Debatten wurden gepflogen über die Frage ob selbständige Jugendorganisationen nötig und zweckmäßig sind, und trotzdem der Gewerkschaftskongress und der sozialdemokratische Parteitag im wesentlichen gleichlautende Beschlüsse gefaßt haben, steht es noch keineswegs fest, ob alle in Betracht kommenden Faktoren mit dem erzielten Resultat einverstanden sind. Wir haben nicht die Absicht, die, zunächst wenigstens, geschlossene Diskussion wieder zu eröffnen, sondern möchten die Aufmerksamkeit unserer Kollegen auf ein Gebiet lenken, auf welchem sich alle im Interesse des Nachwuchses im Gewerbe betätigen können.

Die Resolutionen des Gewerkschaftskongresses und des Parteitages bezeichnen die Förderung der Bildungs- und Erziehung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen als eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse. Dementsprechend sollen dem Verständnis der Jugend angepaßte Vorträge veranstaltet und daneben auch die heitere Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden. Wenn in diesem Sinne gearbeitet wird, dann werden sicherlich die Erfolge nicht ausbleiben. Man wird aber gut tun, die Erwartungen nicht zu hoch zu spannen. Die Arrangements im Sinne der erwähnten Resolutionen werden in der Hauptsache nur in den größeren Städten durchgeführt werden können, in den kleineren Orten fehlen meist die erforderlichen Voraussetzungen.

Nun weist die Resolution des Gewerkschaftskongresses den Gewerkschaften noch die ausdrückliche Aufgabe zu, besondere Veranstaltungen zu treffen, um die Bildung und Erziehung ihrer jungen Mitglieder und Berufsangehörigen im Sinne des vorgezeichneten Programms zu fördern. Damit tritt auch an uns die Aufgabe heran, uns mit der Lösung des Problems zu beschäftigen. Leicht ist diese Aufgabe nicht, denn eine Lösung, die von Verbands wegen erfolgt, kann nicht auf die Bedürfnisse einiger Großstädte zugeschnitten sein, sondern sie muß die Verhältnisse der gesamten Industrie in Betracht ziehen. Die Schaffung von Lehrlingsabteilungen ist ebenso wie die Veranstaltung von Vorträgen usw. in den größeren Städten möglich; ob sie aber überall zweckmäßig wäre, ist eine andere Frage. Einrichtungen, die sich für die eine Organisation als nützlich erweisen, passen deshalb noch nicht für alle. Eine Branchenorganisation kann ihren Nachwuchs zusammenfassen und durch die besondere Betonung der beruflichen Fortbildung ihre Sonderveranstaltungen rechtfertigen. Anders liegt die Sache beim Industrieverband, der so verschiedenartige Gewerbe umfaßt, wie das z. B. bei unserem Holzarbeiterverband der Fall ist. Hier ist eine Absonderung der jugendlichen Berufsangehörigen von ihren Kameraden, die in anderen Branchen tätig sind, weder notwendig noch zweckmäßig; sie könnte höchstens einen überflüssigen Verdunstel großziehen. Unsere Lokalverbände in den Großstädten werden also unter Prüfung aller in Betracht kommenden Momente gründlich zu erwägen haben, ob es sich empfiehlt, für die Lehrlinge in der Holzindustrie besondere Veranstaltungen zu treffen, oder ob es zweckmäßiger ist, sie zur Teilnahme an den Arrangements heranzuziehen, die von den Gewerkschaftskartellen für die Lehrlinge aller Berufe veranstaltet werden.

Aber was soll aus dem Heer der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge in der Holzindustrie werden, die ihr Domizil in kleineren Orten aufgeschlagen haben, sollen wir die sich selbst überlassen? Das ist eine ernste Frage, um so mehr, als nur ein verhältnismäßig kleiner Teil unserer Berufsgenossen seine Ausbildung in der Großstadt erhält. Im allgemeinen ist das Los des Lehrlings in der Kleinstadt und auf dem Lande wenig beneidenswert. Viele Meister legen wenig Wert darauf, ihren Lehrlingen eine tüchtige Berufsbildung zu geben, sie wollen billige und willige Arbeitskräfte, und wenn der junge Mann sich die notwendigen Handgriffe angeeignet hat, um eine bestimmte Spezialarbeit ausführen zu können, dann hat der Lehrmeister sein Ziel erreicht, und er trachtet nur danach, die Fertigkeit des Lehrlings so zu steigern, daß seine Beschäftigung möglichst profitabel wird. Zu spät sieht der auf diese Weise zu seinem Beruf erzogene Lehrling, wenn er in einer anderen Werkstätte Arbeit nimmt, ein, was an ihm gesündigt wurde. Er ist aber immer noch besser daran als sein Kollege, den der Meister oder die Meisterin nur als Hausflaven betrachtet haben, und der bei Ablauf seiner Lehrzeit nur einen ganz schattenhaften Begriff von dem Beruf hat, den er erlernen wollte.

Mehr Wert als auf die Heranbildung ihrer Lehrlinge zu tüchtigen Berufsarbeitern legen viele Meister auf die moralische und sittliche Erziehung, natürlich so wie sie es verstehen. Und sie verstehen darunter vielfach den fleißigen Besuch von Werkstunden und ähnlichen Veranstaltungen, vorausgesetzt, daß die jungen Leute dadurch keine Arbeitszeit versäumen. Ganz besonders aber werden die Lehrlinge von der intimen Verührung mit solchen Gesellen ferngehalten, die das „sozialistische Gift“ in sich aufgenommen haben und ihre gewerkschaftlichen Pflichten pünktlich erfüllen. In der Großstadt, wo der Lehrling im Elternhause oder bei seinen Angehörigen wohnt, läßt sich diese Art „moralisch sittlicher Erziehung“ leichter paralisieren als in den kleineren Orten, wo der Lehrling Post und Wohnung beim Meister erhält. Aber gerade hier erwächst den Verbandsmitgliedern eine ganz besondere Pflicht.

Es ist eine oft beobachtete Erscheinung, daß derjenige, der früher das Objekt roher Mißhandlungen war, leicht dazu neigt, andere, die in ihre Macht gegeben sind, mit der gleichen Noheit zu begegnen. Das ist insbesondere auch der Grund, weshalb in unserem herrlichen Kriegsheer die Soldatenshänderei nicht auszurotten ist. Ähnlich wie viele Unteroffiziere und „alte Leute“ die Prüfte und Stöße, die sie früher erhalten haben, mit Zins und Zinseszins an die in ihre Gewalt gegebenen Rekruten wieder austeilen, so glaubt auch mancher Geselle mit roher Faust dem Lehrling seine Ueberlegenheit beweisen zu müssen. Man darf wohl sagen, daß das Mißhandeln von Lehrlingen durch die Gesellen mehr und mehr verschwindet, wir müssen aber danach trachten, diesen Unfug ganz auszurotten. Es zeugt von einem minderwertigen Charakter, an dem körperlich schwachen und wehrlosen Lehrling seinen Zorn auszulassen, und jeder anständige Mensch hat die Pflicht, solchen Mißhandlungen, mögen sie nun von ungebildeten Nebenarbeitern oder von rohen Meistern ausgehen, auf das entschiedenste entgegenzutreten. Ganz besonders liegt diese Pflicht dem denkenden Verbandsmitglied ob. Er muß in dem Lehrling den jungen Kameraden sehen, der binnen kurzer Frist sein Nebenarbeiter sein und sich gemeinsam mit ihm gegen die Ausbeutung wehren wird.

Kollegialität und Kameradschaftlichkeit gegen den Lehrling muß stets die Richtschnur unseres Handelns sein, dann ergibt sich das Verhalten im Einzelfall von selbst. Vor dem Verbandsmitglied, das fleißig und korrekt arbeitet, das pünktlich mit der Arbeit beginnt und rechtzeitig aufhört, das eine anständige Bezahlung und Behandlung verlangt und jede Ungelt der Unternehmer in ruhiger, aber entschiedener Weise zurückweist, hat einem solchen Arbeiter niemand der Fehlgang Recht. Er blüht zu ihm auf und sucht sich an ihm anzulehnen, und er wird das um so mehr tun, wenn ihn etwa der Meister vor dem Umgang mit diesem „Aufwüchser“ gewarnt hat. Diesen Annäherungsversuchen des Lehrlings muß der Arbeiter entgegenkommen. Er soll ihm nicht nur bei der Arbeit mit guten Ratschlägen zur Hand gehen, sondern ihm auch von seinem sonstigen Wissen mitteilen. Auf diesem Wege wird der Lehrling von der Egoismus des Verbandes, von dessen Bestrebungen und Zielen Kenntnis erlangen, und es wird auch nichts schaden, wenn er in seinen Mußestunden die ihm geliebte „Holzarbeiter-Zeitung“ liest.

Dieses Wirken des einzelnen Verbandsmitgliedes muß unterstützt werden durch geeignete Maßnahmen der Lokalverwaltung und des Gewerkschaftskartells, wo ein solches existiert. Wo die Möglichkeit vorhanden ist, Vorträge und sonstige Veranstaltungen zu arrangieren, wie sie in den eingangs erwähnten Resolutionen bezeichnet sind, da wird man selbstverständlich diesen Weg beschreiten; aber auch dort, wo sich die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht ohne weiteres überwinden lassen, braucht man die Hände nicht in den Schoß zu legen. Man kann bei geeigneten Gelegenheiten die Lehrlinge zum Besuch von Versammlungen animieren. Wenn es nicht angängig ist, für die Lehrlinge besondere Veranstaltungen zu treffen, dann lade man sie zu den etwaigen Festlichkeiten ein, welche von der Organisation arrangiert sind. Bei der Aufstellung des Programms wird man allerdings darauf Rücksicht nehmen müssen, daß die Lehrlinge rechtzeitig nach Hause kommen; das bietet aber keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Selbstverständlich ist auch darauf zu achten, daß sich die jungen Leute nicht etwa durch Trinkzwang oder sonstige Dinge beengt fühlen.

Es kann sich für uns selbstverständlich nicht darum handeln, detaillierte Verhaltensmaßregeln aufzustellen; wir wollen nur Anregungen geben, die für den speziellen Fall zweckmäßig abzuändern oder auszubauen sind. Die Hauptaufgabe besteht darin, den Lehrlingen unsere

Organisation so kennen zu lehren, daß sie es als ihre selbstverständliche Pflicht betrachten, nach Ablauf ihrer Lehrzeit sofort dem Verband beizutreten. In dem Lehrling, dem der erwachsene Arbeiter kalt und teilnahmslos gegenübersteht, der vollständig und ausschließlich dem Einfluß des Lehrmeisters überlassen bleibt, erwächst uns ein Konkurrent, der geeignet ist, uns einmal ernstlichen Schaden zufügen zu können. Dieser Gefahr müssen und können wir begegnen. Indem wir unser Verhalten zu dem Nachwuchs in der angebotenen Weise einrichten, bringen wir den Lehrling zunächst unter den mittelbaren Einfluß der Organisation und bereiten ihn vor, ein vollgültiges Mitglied des Verbandes zu werden. Aus dem Konkurrenten, der uns zugebacht war, ist uns ein Mitkämpfer geworden. Wir haben gewiß alle Ursache, der übermäßigen Lehrlingszucht nach Kräften entgegenzuwirken, aber der Kampf gegen die Lehrlingszucht darf unser Verhältnis zu den Lehrlingen nicht beeinflussen. Verwenden wir unsere ganze Aufmerksamkeit darauf, sie zu tüchtigen Mitkämpfern zu erziehen, dann erweisen wir unserer Organisation und uns selbst den größten Dienst.

Die Arbeitersekretariate und die Behörden.

gh. Die Arbeitersekretariate entfalten bereits seit einer ganzen Reihe von Jahren ihre segensreiche Tätigkeit. Daher sollte man meinen, daß auch die Behörden den großen Wert der Arbeitersekretariate anerkennen. In der Tat ist das nicht selten der Fall. Ein großer Teil der Arbeitersekretariate spricht sich in dem letzten Jahresbericht über das Verhalten der Behörden gegenüber dem Arbeitersekretariat gar nicht aus. Wir dürfen hieraus wohl schließen, daß in diesen Fällen ein Grund zu einer Beschwerde nicht vorlag. Einige Arbeitersekretariate berichten überdies ausdrücklich, daß das Verhalten der Behörden keinen Anlaß zur Klage gibt. So heißt es in dem Stuttgarter Bericht: „In dem Verhältnis des Sekretariats zu den Behörden hat sich nichts geändert, dasselbe ist nach wie vor ein gutes.“ Ähnlich berichten die Arbeitersekretariate in Dresden, Darmstadt, Kronach und Jülich. Ebenso fand das Arbeitersekretariat in Frankfurt a. M. bei den Behörden fast immer bereitwilliges Entgegenkommen. „Das Mißtrauen ist wohl so ziemlich allenthalben geschwunden, weil man eingesehen hat, daß man durch Verhandlung mit dem Arbeitersekretariat sich manche Erörterung und Beschwerde fernhält, die sonst aus Unkenntnis angebracht und deren Erledigung den Beamten Zeit und Arbeit kosten würde.“ — Das Arbeitersekretariat in Bbln erkennt an, daß den Sekretären, wenn sie vor Gericht Arbeiter vertreten, nirgends Schwierigkeiten bereitet worden sind. Nur hin und wieder habe sich ein Rechtsanwalt erlaubt, vor dem Amtsgericht die Frage zu stellen, wer die Sekretäre eigentlich seien. Jedoch haben die Herren damit niemals Glück bei den Richtern gehabt. Ja, in einer Klagesache habe das Amtsgericht dem Kläger, der im Armenrechte klagte, den Rechtsbeistand mit der Begründung abgelehnt, daß der Kläger zur Vertretung seiner Rechte den Arbeitersekretär habe, und das müsse genügen. — Das Arbeitersekretariat in München stellt mit Befriedigung fest, daß im allgemeinen die Behörden das Arbeitersekretariat, wo immer darum ersucht wurde, in seiner Tätigkeit unterstützen. Das gelte besonders auch vom Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und vom Landesversicherungsamt. Auf der Bayerischen Landesausschließung in Nürnberg sei vom Staatsministerium des Innern anerkannt worden, daß das Arbeitersekretariat Anerkennungswertes zur Hebung der Arbeiter in materieller und geistiger Hinsicht geleistet hat. — Schließlich weisen wir auf das Arbeitersekretariat in Mannheim hin. Diesem Arbeitersekretariat hat der Stadtrat den Verkauf der Arbeiterbadkarten übertragen. Ferner wurde das Arbeitersekretariat vom Gr. Amtsgericht Mannheim um Angabe eines Verzeichnisses über die Stundenlöhne in den einzelnen Berufszweigen ersucht. Dieser Aufforderung ist das Sekretariat selbstverständlich gerne nachgekommen.

Mehrere Arbeitersekretariate sind aber auch auf ein ganz anderes Verhalten der Behörden gestoßen. So klagte das Arbeitersekretariat in Augsburg darüber, daß manche Beamte ihr möglichstes tun, um die Arbeiter von dem Arbeitersekretariat fernzuhalten. Sie empfehlen den Arbeitern, nur in die Bureaus der Behörden zu kommen; dort würden sie Auskunft erhalten. Dabei werden dem Arbeitersekretariat nur zu oft Klagen der Arbeiter über großes Benehmen der Beamten vorgetragen. Wenn die Beamten aber merken, daß ein Arbeiter Hilfe im Arbeitersekretariat gesucht habe, dann zeigten sie in der auffälligsten

Weise, wie unangenehm das ihnen ist. — In Preßfeld be-
sitzt neben dem Arbeitersekretariat der freien Gewerk-
schaften ein „Volksbureau“, das eine kirchliche Gründung
ist. Die Behörden und fast alle ihre Organe bemühen sich,
den Einfluß des „Volksbureau“ zu stürzen. Auch ist ihm
der Arbeitsnachweis angegliedert. Einzelne Beamte suchen
dagegen, den guten Ruf des Arbeitersekretariats zu unter-
graben, indem sie Arbeitern gegenüber Zweifel darüber
äußern, ob der Arbeitersekretär die nötige Rechtskenntnis
besitzt. Ferner berichtet das Arbeitersekretariat, daß es
nur in 65 Fällen Arbeiter vor dem Gewerbe- und Amts-
gericht vertreten habe. Als Grund für die geringe Zahl
von Vertretungen führt der Berichterstatter unter anderem
an, daß der Gerichtsschreiber am Gewerbegericht wieder-
holt erklärt habe, der Arbeitersekretär werde in Zukunft
als Vertreter nicht zugelassen, weil er die Vertretung ge-
schäftsmäßig betreibe. Zu einer Entscheidung des Gerichts
hierüber ist es jedoch noch nicht gekommen. — Auch das
Arbeitersekretariat in Kiel hebt in seinem Bericht hervor,
daß gegen das Sekretariat „von verschiedenen Seiten scharf
gemacht wird“. „Trotzdem wir in keiner Weise irgendeine
politische Tendenz gegenüber dem Besucher zum Ausdruck
bringen, sind wir doch manchem anscheinend in der Seele ver-
häßlich. Als wir einmal den Versuch machten, vor dem Amts-
gericht in einem uns dringend erscheinenden Falle eine Partei
zu vertreten und der Herr Amtsgerichtsrat vernahm, daß der
Vertreter Arbeitersekretär sei, meinte er ostentativ mit
beiden Händen ab und erklärte in einem wegwerfenden
Tone: „Hab' gar keine Ursache, Sie zuzulassen.“ —
Schließlich tragen auch in Bremen „amtliche Organe viel-
fach nach Kräften dazu bei, daß unsere Konkurrenzinstitute,
insbesondere die Auskunftsstelle des Bürgerlichen Volks-
vereins, möglichst in Anspruch genommen werden“.

Bezeichnend ist noch das, was das Arbeitersekretariat
in Königsberg i. Pr. über sein Verhältnis zu den Be-
hörden zu berichten hat. Es heißt darüber in dem Bericht:
„Wir können, soweit wir mit hiesigen Behörden in Ver-
bindung zu treten hatten, uns nicht über irgendwelche Be-
einträchtigung unserer Tätigkeit beklagen. Das ist aber
auch alles, was wir Lobendes über diesen Punkt zu sagen
haben. Schriftliche Anfragen usw. wurden erledigt, aber
wo wir bei Behörden persönlich uns einfanden, um Aus-
kunft haben oder sonstiges zu regeln hatten, war mit Aus-
nahme einer Magistratsabteilung, kühle Höflichkeit die
Folge. — Das sind ja nur kleine und uns gleichgültige
Vorwände, aber sie zeigen doch auch, daß hier oben in
unserem Ostpreußen das Verständnis für die sozialen
Aufgaben der Arbeitersekretariate noch nicht zum Durch-
bruch gelangt ist. Dadurch wird auch das Vorgehen der
Polizei gegen den Arbeitersekretär erklärt. Derselbe er-
hielt unter dem 20. August eine Strafverfügung in Höhe
von 15 Mk., weil er „seit Juni d. J. das Rechtskonsulten-
gewerbe betreibt, ohne die vorgeschriebene Anzeige über die
Eröffnung des Gewerbes erstattet zu haben“. Selbst-
verständlich wurde, um eine gerichtliche Entscheidung herbei-
zuführen, gegen diese eigenartige Strafverfügung Ein-
spruch erhoben. Darauf erhielten wir unter dem
14. Oktober vom Polizeipräsidenten die Antwort: „Nach
nochmaliger Prüfung des Sachverhalts teile ich Ihnen mit,
daß ich die Ihnen auferlegte Polizeistrafe in Höhe von
15 Mk. zurückgezogen habe.“ Wer aber nun glaubt, das
Sekretariat bleibe von der polizeilichen Fürsorge un-
behelligt, befindet sich im Irrtum. Bei Anfertigung jedes
für die Polizei oder Staatsanwaltschaft bestimmten Schrift-
satzes erklären wir den in Frage kommenden Auskunfts-
suchenden stets, daß sie höchstwahrscheinlich seitens der
Polizei eine Vorladung zwecks Vernehmung zu erwarten
hätten. In den meisten Fällen halten wir richtig propheta-
zeit. Man kann dort absolut nicht begreifen, daß eine ge-
werkschaftliche Solidarität sämtliche Schriftstücke un-
entgeltlich angefertigt werden.“

Unsere Arbeitersekretariate werden sich dort, wo der-
artige Maßnahmen noch möglich sind, selbstverständlich
dadurch in keiner Weise von der Erfüllung ihrer wichtigen
Aufgaben abbringen lassen. Die Arbeiter aber, die den
großen Nutzen der Arbeitersekretariate immer mehr er-
kennen, erheben gegen solche Maßnahmen Protest. Sie
verlangen mit vollem Rechte, daß die Behörden sich jeder
Benachteiligung der Arbeitersekretariate enthalten.

**Was die Christlichen unter „Neutralität“
verstehen.**

n. Jüngst waren die katholischen Arbeiter-
vereine der Erzdiözese Köln in Düsseldorf zu
ihrem 14. Delegiertentage versammelt. Die katholischen
Arbeitervereine sind, wenn sie auch statutgemäß die Politik
ausschließen, dennoch weiter nichts als politische Organi-
sationen im Dienste des Zentrums. Dafür bürgt schon
die geistliche Leitung, die die Protektion durch namhafte
Zentrumsleute, bürgt die Herkunft ihrer Agitatoren und
Sekretäre aus der M.-Glabbacher Jesuitenschule. In den
Mitteln der katholischen Arbeitervereine wird stamm
Zentrumspolitik getrieben, und in ihren Versammlungen
und Tagungen dirigiert unsichtbar der ultramontane
Parteigeist die Reden und Beschlüsse. Diözesanpräses
Dr. Müller leitete die Verhandlungen ein, überbrachte die
Grüße des hochwürdigsten Kardinal-Erzbischofs und ent-
schuldigte die eingeladenen Abgeordneten Kirch und Metz,
die am Erscheinen verhindert waren — so beginnt der Be-
richt der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ über den ge-
nannten Delegiertentag und läßt damit über die Partei,
in deren Sinne die weiteren Verhandlungen verlaufen
werden, keinen Zweifel. Das hindert nun die katholischen

Arbeitervereine, diese ausgesprochen politischen Organi-
sationen, nicht, sich ausgiebig mit der Gewerkschafts-
frage zu beschäftigen und sich klar und deutlich auf
eine bestimmte Gewerkschaftsrichtung festzulegen. In
dieser Beziehung heißt es im Bericht der „Westdeutschen
Arbeiterzeitung“: „Die Beziehungen und zwischen
Arbeiter-Knappenvereinen und christ-
lichen Gewerkschaften sind andauernd die
besten. Die Frage der gelben Gewerkschaften ist in den
Vereinen und auf den Bezirksdelegiertentagen behandelt
worden. Dringende Gefahr besteht nicht, wenn sie für die
Zukunft auch noch nicht ganz ausgeschlossen ist. Der Buch-
druckerverband hat sich weiter nach links entwickelt.
An eine ehrlich ausgeübte politische und religiöse Neutralität
dieses Verbandes ist nicht mehr zu denken. Daraus ergeben
sich die Folgerungen für unsere Vereine von selbst.“

Nicht als ob wir politischen Parteien unterlagen oder
das Recht freitig machen wollten, zur Gewerkschafts-
bewegung oder einer ihrer Richtungen Stellung zu nehmen;
aber man vergesse nicht, daß die christlichen Gewerkschaften
„politisch neutral“ sein wollen, und man denke daran, was
für ein Geschrei sich im christlichen Lager zu erheben
pflegt, wenn auf sozialdemokratischer Seite das gute Ein-
vernehmen zwischen Partei und Gewerkschaft im selben
Sinne betont wird, wie es hier zwischen den zentrumlichen
Arbeitervereinen und den christlichen Gewerkschaften ge-
schieht. Wir möchten einmal sehen, wie sich's im christlichen
und ultramontanen Blätterwäldchen regeln würde, wenn im
Bericht einer sozialdemokratischen Parteiorganisation der
Satz zu lesen wäre: „Die Beziehungen zwischen der sozial-
demokratischen Partei und den sozialistischen Verbänden
sind andauernd die besten.“ Vom Rhein bis nach Posen
fände sich andere Tages in jedem ultramontanen Blatte
und jeder katholischen Arbeiterzeitung ein Artikel mit der
Spitzmarke: „Ein Beitrag zur Neutralität der „freien“
Gewerkschaften“ —, wobei die Leute regelmäßig ver-
gessen, daß wir gar nicht „neutral“ in ihrem Sinne sein
wollen, daß wir im Gegenteil von unseren Gewerkschaften
verlangen, daß sie, wenn es not tut, die politische Bühne
betreten und dann nur an der Seite der Sozialdemokratie
zu finden sind, während die Christlichen behaupten,
„politisch neutral“ zu sein und doch durch ihre Entstehung,
ihre Tätigkeit und ihre Beziehungen zum Zentrum auf
Schritt und Tritt bekunden, daß diese ihre „politische
Neutralität“ eitel Humbug ist.

Nun hat der Delegiertentag der katholischen Arbeiter-
vereine der Erzdiözese Köln auch zu einem bestimmten
Verband der sozialistischen Gewerkschaften, dem Buch-
druckerverband, Stellung genommen. Gemal-
nahm dieser Verband in den Augen der Christlichen eine
Ausnahmestellung ein. Er galt, im Gegensatz zu den
übrigen Verbänden, als „politisch neutral“. In der nach
dem ersten christlichen Gewerkschaftskongreß (Mainz 1899)
erschienenen Programmschrift aus M.-Glabbach „Christliche
Gewerkschaften“ wird dem Buchdruckerverband nachgerühmt,
er habe „schon den ersten Versuch erfolgreich
durchgeführt, sich vom sozialdemo-
kratischen Parteeinflusse freizumachen“. Und noch eine Reihe von Jahren hindurch konnte man in
Zentrums- und christlichen Gewerkschaftsblättern ähnliche
Urteile lesen; wenn auch nicht gerade Aufforderungen an
die katholischen Arbeiter ergingen, dem Verbands bei-
zutreten, so durfte man doch aus solchen Urteilen die er-
mutigende Andeutung herauslesen, daß ein katholischer Ar-
beiter ohne Gefahr für sein Seelenheil dem Buchdrucker-
verband beitreten könne. Vielleicht entsprang diese Nach-
sicht weniger dem Vorworte in die „politische Neutralität“
des genannten Verbandes, als dem Einkommen, das es
schwierig, ja unmöglich sein würde, die genügende Anzahl
Leute zur Gründung eines christlichen Buchdruckerverbandes,
der es mit dem alten, starken und leistungsfähigen Verbands
aufnehmen könne, zusammenzutreiben. Da fand sich
vor einigen Jahren eine Anzahl Streikbrecher, die sich den
wohlklingenden Namen „Gutenbergbund“ zugelegt
hatten, bereit, den Grundstock für den christlichen Buch-
druckerverband abzugeben. Der „Gutenbergbund“ trat
dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bei,
und seit der Zeit ist es denn auch mit der Gunst der Christ-
lichen für den Buchdruckerverband vorbei, der nunmehr
als „sozialdemokratisch“ zu den übrigen Verbänden in die
Wolfschlucht befördert wurde. In diesem Sinne hat denn
auch der Delegiertentag der katholischen Arbeitervereine
der Erzdiözese Köln über den Buchdruckerverband zu Gericht
gesehen und folgendes beschlossen:

„Da nach neuesten Veröffentlichungen (Droschüre Reg-
häuser) und den Ergebnissen der diesjährigen Verbands-
generalversammlung kein Zweifel mehr darüber bestehen
kann, daß auch der Deutsche Buchdruckerverband trotz Neu-
traltätsklärung sich mit den sozialistischen Gewerkschaften
identifiziert, mit allen Folgerungen für die auf christlichem
Standpunkt stehenden Mitglieder, hält es der heutige
Diözesan-Delegiertentag für seine Pflicht, die katholischen
Arbeitervereinsmitglieder vor dem Eintritt in diesen Ver-
band zu warnen. Der Delegiertentag lenkt die Aufmerk-
samkeit der katholischen Buchdrucker erneut auf den Guten-
bergbund, die auf den Boden der Tarifgemeinschaft stehende
christliche Buchdruckerorganisation, hin. Mit Verwundern
nimmt der Delegiertentag davon Kenntnis, daß auch in
den Offizinen katholischer Verleger bereinzelt noch eine un-
begreifliche Rücksicht auf den Verband genommen wird,
insfern als man dessen terroristischen Mäuren gegenüber
Gutenbergbundmitgliedern nachgibt. Er erwartet, daß
man auch in diesen Kreisen in steigendem Maße die Be-
strebungen jener Buchdruckergehilfen, die aus wohl-

begründeten Ursachen dem Verbands fernbleiben und im
Gutenbergbund ihre Vertretung suchen, anerkennen wird.“

Somit wäre also auch der Buchdruckerverband von den
Christlichen endgültig seiner „politischen Neutralität“ ent-
kleidet. Vorbereitet wurden die ultramontanen Arbeiter
auf dieser Aburteilung durch eine Anzahl Artikel, die vor
einigen Monaten im Zentralblatt der christlichen Gewerk-
schaften erschienen. Darin wurde auf Grund der auch
in vorstehendem Beschluß genannten Broschüre Reghäuser,
des Redakteurs des Buchdrucker-Korrespondenten, nach-
zuweisen versucht, daß auch der Buchdruckerverband nichts
anderes sei als die übrigen Verbände auch: eine sozial-
demokratische Organisation. Nun weiß jeder, der die
Broschüre Reghäuser kennt, daß sie, wie daß auch der
sonstigen Stellung Reghäuser entspricht, im Grunde eine
Kampfschrift gegen die Sozialdemokratie ist, und daß, wie
sonst, so auch hier Reghäuser sich auf das eifrigste bemüht,
jeden Einfluß der politischen Partei auf den Buchdrucker-
verband mit allen Mitteln abzuwehren. Aber Reghäuser
begeht das Verbrechen, sich als Sozialist zu bekennen, vom
denkenden Arbeiter zu fordern, daß er den Sozialismus
als das treibende Prinzip der Entwicklung anerkenne, der
Gewerkschaft über die Arbeit des Tages eine höhere Auf-
gabe zuzuwiesen, indem sie „die Arbeiterziele mit sozia-
listischen Gedanken erfüllen“ und „die gewerkschaftliche
Reformarbeit in Einklang bringen mit den großen Kultur-
aufgaben, die die Arbeiterwelt bewegen“.

Deshalb ist, wie es im christlichen Zentralblatt heißt,
die gewerkschaftliche Neutralität des Buchdruckerverbandes
„eine Strohpuppe, ein Hohn auf den Begriff, wie er bislang
verstanden wurde, ein Unfug und eine Irreführung der
öffentlichen Meinung“. Die Christlichen pochen auf ihre
„Weltanschauung“, sie wollen sie durchsetzen bei allen ihren
Bestrebungen und auch in der Gewerkschaftsbewegung die
„christliche Grundlage“ nicht preisgeben. Sie bleiben trotz-
dem und alledem „neutral“. Wenn aber ein Gewerkschafts-
führer im anderen Lager sich zur sozialistischen Welt-
anschauung bekennt und aus der Geschichte und Erfahrung
den Schluß zieht, daß die Entwicklung zum Sozialismus
freit und demgemäß die Arbeiterbewegung, um nicht ins
Hintertreffen zu kommen, sich in sozialistischen Bahnen
zu bewegen habe, so ist das ein Hohn auf die „gewerkschaft-
liche Neutralität“.

Mit anderen Worten: „gewerkschaftlich neutral“ ist
nur der Ultramontane, der in der christlichen Welt-
anschauung das Heil der Welt und im Zentrum die wahre
Volks- und Arbeiterpartei erblickt. Und erst wenn unsere
Verbände sich zu dieser Art „Neutralität“ bekennen, werden
sie Gnade finden vor den Augen der Herren Christlichen.

Gegenüber dieser Annäherung gibt es nur eine Ant-
wort: ein mitleidiges Lächeln, und im übrigen: rüftig
vorwärts in der Erziehung unserer Mitglieder zu Klassen-
bewußten Kämpfern, die die Tagesarbeit in der Gewerk-
schaft deshalb so hoch schätzen, weil sie im Verein mit der
politischen Tätigkeit über die Verbesserung der gegen-
wärtigen Lebenslage hinaus zur Erreichung des Endzieles
führt: Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnnecht-
schaft des Kapitals — ein Ziel, das nur auf dem Wege
und mit den Mitteln der sozialistischen Weltanschauung
zu erreichen ist.

**Zur Vorgeschichte der deutschen Gewerk-
schaften.**

II.

b. In dem alten früher von den Römern, später von den
Franzosen besetzten Kulturlande am Rhein, das bis
in die Gegenwart einen hervorragenden industriellen
Charakter hat, finden wir in den Urkunden die ersten
Zünfte erwähnt; so kennen wir aus dem Jahre 1149 den
Zunftbrief der Bettziechenweber von Köln am Rhein und
aus den Jahren 1179 und 1182 Zunfturkunden der Kölner
Drechsler. Vieles spricht dafür, daß die Steinmetzen die
ersten Träger und vor allem die Vorbilder der Gesellen-
verbindungen waren. Jedenfalls finden wir bestbelegte
Beweise für Gesellenorganisationen mit gewerkschaftlichem
Charakter in den Zeiten, als die großen Bauhöfen er-
richtet wurden, in denen die Steinmetzen für die ge-
waltigen Doms arbeiteten, die als mächtige Zeugen einer
großen, uns heute vielfach fremd anmutenden Kultur in
Regensburg und Köln, in Wien und Straßburg, in Basel
und Bern gen Himmel ragen. Hier finden wir ver-
hältnismäßig gewaltige Menschenmassen zu gemeinsamer
Arbeit verbunden, und was noch bedeutungsvoller ist, nicht
bloß Arbeiter aus dem Orte ihrer Wirkksamkeit, sondern
aus allen deutschen Landen, vereinigt und verbunden durch
gemeinsame Interessen mit den Arbeitern anderer Bau-
höfen, von denen sie Nachrichten empfangen, denen sie
Nachrichten gaben. Freilich läßt es sich nicht erweisen,
daß die Steinmetzen die ersten Berufsgenossen mit ge-
meinsamen Arbeiterinteressen und mit gemeinsamem
Streben zur Verbesserung ihrer Lage gewesen sind, aber
es spricht außerordentlich viel dafür, daß gerade unter
den Steinmetzen der Zusammenhalt ein starker, die
Tradition eine mächtige, die Fühlung unter den von
gleichem Streben erfüllten eine ununterbrochene war.
Jedenfalls besitzen wir nicht viel spätere Zeugnisse aus
anderen Berufen über die gemeinsame Vertretung von
Arbeiterinteressen in den handwerksmäßigen Berufen.
Vom 18. Jahrhundert ab werden die Urkunden und Nach-
weisungen über Zünfte sowie über Gesellenorganisationen
immer reicher und mannigfacher, bis sich dann aus der
Mannigfaltigkeit der Erscheinungen infolge der Gleich-

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Eisblern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Böhln in Pfalz, Böhln in Thüringen, Freising in Bayern (Maschinenfabrik Buchberger), Hof i. B., Pöfeld (Schulte), Worms, Bern in der Schweiz, Budapest;
 - Mobellackern** nach Lensburg (Eisenwerk Anton u. Söhne), Mannheim (Drown, Bober u. Co.);
 - Korbmachern** nach Berlin und Borsort, Brandenburg (Schmidt), Braunschweig (Steinhage), Löhren (Löhren), Fürstberg a. O., Sellstedt, Wulsdorf;
 - Bergolbern** nach Magdeburg (Grühl), Budapest;
 - Sägern** nach Lüdinghausen i. Westf. (Nierhoff);
 - Stelmachern** nach Düren Nhl.

mäßigkeit der Verhältnisse eine größere Einheitlichkeit der Gesetzgebung und auch eine größere Uebereinstimmung der Kampfmethoden ergibt.

Wenn wir erwägen, daß es zu jener Zeit ländliche Schützgenossen, religiöse Bruderschaften, Fächergilden, Mitterbünde, ja sogar Straßenrübergilden gab, so können wir über die Entwicklung der Zünfte nicht erstaunt sein. Alles, was gleiches Interesse hatte, vereinigte sich, und zwar wurden die engsten und nächsten Interessen als Vereinigungsgrund angesehen.

Die Gesellen waren wohl allgemein ursprünglich Mitglieder der Zünfte, und enge Beziehungen, wenn auch für die Gesellen nicht angenehme, erhielten sich im Rahmen der zünftlerischen Organisation vom ausgehenden Mittelalter durch die Periode des Konzessionsalters bis in unsere Tage hinein.

Die Auffassung vom Gesellenstande, daß er nur eine Durchgangszeit für den Ausgelernten sei, damit er dann Meister werde, verblasste immer mehr, da die deutsche Zunftverfassung in ihrer späteren Zeit strebte, sowohl die Lehrlings- als die Gesellenzahl zu beschränken und das Meisterwerden immer mehr zu erschweren. Das hatte für die Meister die Rehrseite, daß in dieser späteren Epoche der Gesellenstand sich als solcher zusammenschloß gegen die Meister und in systematische Opposition und Feindschaft zu dem Meisterstande kam.

Die Gesellen waren niemals gesellschaftlich gleichberechtigt mit den Meistern, ein gewisser Abstand ergab sich ganz naturgemäß schon durch den Altersunterschied von Meister und Gesellen. Deshalb finden wir schon in jenen längst verfloßenen Zeiten, wo es an einem deutlichen Interessengegensatz zwischen Meistern und Gesellen fehlte, Vereinigungen der Gesellen, die kirchlichen und gesellschaftlichen Zwecken dienten und meist als Bruderschaften in den Urkunden auftreten. Die gemeinsame Verehrung des Schutzheiligen, das Lesen von Messen für Verstorbene, auch gewisse Vergnügungen bildeten den Zweck dieser kirchlichen Vereinigungen der Handwerksgelesen, die bis zum heutigen Tage noch nicht völlig ausgestorben sind.

Kirche und Meisterschaft begünstigten ursprünglich die Bruderschaften, denen eigene Gerichtsbarkeit und Strafgewalt eingeräumt war, und die in der Pflege der Standeslehre den Meistern kaum Gefahren oder Vorteile zu bieten schienen. Mit der Zeit wurde es freilich anders; die Rechte begannen einzusinken, daß die Verehrung, die sie ihren Schutzheiligen widmeten, die kleinen und großen Herzen, die sie ihnen weihen, die Professionen, die sie veranstalteten, zwar sehr schön und erheben waren, daß aber das Zusammensein doch noch manchen anderen Vorteil bieten könnte. Das Bedürfnis gegenseitiger Hilfeleistung in Fällen äußerster Not, dann bei Krankheiten, ferner, wenn es erforderlich war, für ein würdiges Begräbnis zu sorgen, bildete die Bruderschaften aus ausschließlich kirchlichen zu Unterstützungsvereinigungen um. Man erhob regelmäßige Beiträge, man sicherte sich Gräber auf dem Kirchhofe, Betten im Spital, und man hatte das gemeinsame Leichenstück; man hatte nun auch die Notwendigkeit von Abrechnungen und Verhandlungen, die wiederum auf die Dauer nicht eng begrenzt bleiben konnten auf das Unterstützungsweesen, die naturgemäß auch führen mußten zur Erörterung der Arbeitsverhältnisse, der Schädigungen von Gehilfen und damit zur Erwägung, wie die Gesellenrechte gegen Meistergebühren gewahrt werden könnten.

Je mehr sich die Meister abschlossen, je deutlicher die Tendenz des Numerus clausus (festgelegte Anzahl) bei der Meisterschaft wurde, je größer die Vorrechte der Söhne und Schwiegeröhne der Meister wurden, desto deutlicher brach sich die Erkenntnis Bahn, daß die Gesellenzeit keine engbegrenzte Uebergangszeit von den Lehrlingsprügelu zur Meisterschaft sei, daß in Wahrheit die große Masse der Gesellen keinerlei Aussicht habe, dem Gesellenstande zu entgehen, Meister zu werden. Hieraus ergab sich in der ständischen Gesellschaft des Mittelalters die Erscheinung des Klassengegensatzes. Die Gesellen begriffen, daß es nicht mehr wie früher mehr oder minder gleichgültig war, wie der Meister den Gesellen brüde und ausbeute, weil man ja doch wohl nach Verfluß weniger Jahre wieder selbst Meister werden und dann selbst die spätere Generation der Gesellen zu eigenem

Nutzen leiden lassen könne. Die Gesellen begriffen, daß sie ihre Interessen nicht unter dem Gesichtspunkte künftiger Meisterschaft, sondern unter dem der dauernden Gefellensschaft zu wahren haben. Dies kam immer kräftiger bei den Zusammenkünften zum Ausdruck, während der kirchliche Charakter der Gefellenvereinigungen, der infolge der Reformation immer mehr in den Hintergrund trat, immer schwächer wurde. Weltliche, sozialpolitische Zwecke wurden zur Hauptaufgabe der Gefellenvereinigung und nur harmlose Neugierlichkeiten, die zum Teil bis zum heutigen Tage so bei Gerbern und Zimmerern noch nicht völlig verschwunden waren, erinnern an die erste harmlose Epoche dieser Gefellenverbindungen. Es blieben ihnen ihre Trinkregeln, ihre Begrüßungsformeln, ihr Krutthaus, die Merte, ihre Gerichtsbarkeit. So viel auch äußerlich auf diesen Formelram gegeben wurde, so waren doch die Fragen des Arbeitsvertrages, des Lohnes, des blauen Montags, der Arbeitsvermittlung, die Uebergriffe der Meister, ihre egoistische Auslegung der Zunftrollen der wesentliche Zweck dieser Verbindungen. Unvermeidlich wurden oft überaus scharfe Konflikte zwischen Meistern und Gesellen, Streiks, Boykotts, Blockierungen betrafen die Meisterschaft bestimmter Berufe oder auch ganzer Städte. Ein enger Zusammenhalt charakterisierte das Gefellentum. Was die Gegner der modernen Arbeiterbewegung über Streik, Terrorismus, Behandlung der Arbeitswilligen, Unbotmäßigkeit der Arbeiter zu klagen wissen, das können sie in früheren Jahrhunderten in noch viel schrofferer Form finden.

War die Zunftorganisation bedingt durch die geschlossene Stadtwirtschaft des Mittelalters, so griff die Gefellenorganisation machtvoll über diesen hinaus und schuf genau so wie in Frankreich Gefellenverbindungen über das ganze Reichsgebiet, ja selbst über dessen Grenzen hinaus. Diese Gefellenverbindungen hatten fast reinen gewerkschaftlichen Charakter, bindende Bestimmungen für alle zugehörigen Gesellen, bestimmten Gesellenbrauch und Gesellenregel. Stärker und erfolgreicher wie in der Gegenwart vermochten diese Gefellenverbindungen den Zuzug in die verfeimten Städte fernzuhalten, und schwer büßte jener Geselle, der gegen die Gesellenregel Arbeit annahm, der Meister des Arbeitswilligen konnte, oft auf Lebenszeit, auf andere Gesellen nicht mehr rechnen. Diese Gefellenverbindungen gehören zu den interessantesten Erscheinungen in der Geschichte der Arbeiterklasse. Von Königsberg bis Lindau und Zürich, von Straßburg bis Breslau, von Wien bis Hamburg galten die gleichen Regeln und wurden dieselben Verhaltensmaßnahmen beachtet. Die Wanderung der Gesellen, die zu einem wichtigen Kampfmittel wurde, dirigierte den Zuzug. Diese Wanderung der Gesellen, ein Mittel der Meister, um sich den Zubrang zum Gewerbe zu mindern und um die technischen Kenntnisse der Gesellen zu steigern, dieses Wandern war gleichzeitig ein wichtiges Kampfmittel und das bedeutungsvollste Verständigungsmittel der Gefellenverbindungen. Durch die Wanderung und durch die Richtunggebung für die Wanderung wurde der Arbeitsmarkt in hervorragender Weise beeinflusst. Die Wanderung wurde somit zu einem gewerkschaftlichen Kampfmittel bedeutungsvollster Art. Jahrzehnte hindurch wurden manche Städte, so auch Nürnberg, gemieden, bis den Wünschen der Gesellen Rechnung getragen wurde.

Soziales.

Die internationale Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz

hielt ihre fünfte Generalversammlung vom 27. bis 30. September in Luzern ab. Die Vereinigung setzt sich aus bürgerlichen Sozialpolitikern zusammen und hat den Zweck, das Eintreten des Staates für die Arbeiter durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung zu fördern. Das gleiche Ziel verfolgt in Deutschland die Gesellschaft für soziale Reform, an deren Spitze der Staatsminister v. Berlepsch steht; sie ist zugleich Landessektion der internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz. Letztere wurde im Jahre 1900 gegründet und hält alle zwei Jahre ihre Generalversammlung ab.

Die diesjährige Generalversammlung war nicht nur von den Landessektionen äußerst zahlreich besetzt, auch eine ganze Reihe von Regierungen hatte sich offiziell betreten lassen, darunter das Deutsche Reich und die Regierungen von Preußen, Sachsen und Baden. Im Plenum der Versammlung wurde in bezug auf das Verbot der Nachtarbeit Jugendlicher eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, von welchen wir die wichtigsten hier wiedergeben. Als jetzt schon durchführbar wurde bezeichnet das Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter bis zum vollendeten 18. Lebensjahre in den gewerblichen Betrieben im allgemeinen. Dieses Verbot soll bis zum vollendeten 14. Lebensjahre ein absolutes sein; für Personen über 14 bis 18 Jahren sollen gewisse Ausnahmen von dem Verbot gestattet werden können. Dagegen soll die Nachtarbeit in offenen Verkaufsstellen, in Gast- und Schankwirtschaften und in den kaufmännischen Kontoren gänzlich untersagt sein. Die Nachtarbeit soll mindestens elf Stunden betragen und jedenfalls in die Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens fallen. Die Vereinigung legt Wert darauf, ausdrücklich zu erklären, daß die regelmäßige Nachtarbeit jugendlicher Personen stets ein Mißbrauch bleibt, den man in keinem Falle dulden darf.

In bezug auf die Heimarbeit wurden die Beschlüsse der Generalversammlung vom Jahre 1906 wieder-

holt. In den weiteren Beschlüssen wird betont, daß die schlechte Lage in der Heimarbeit hauptsächlich aus den ungenügenden Lohnverhältnissen herrührt, und daß darum in erster Linie Mittel zur Erhöhung der Löhne ausfindig zu machen sind. Zu diesem Zweck wird dringend die berufliche Organisation der Heimarbeiter empfohlen sowie der Abschluß von Tarifverträgen und deren gesetzliche Anerkennung, dort, wo das Gesetz diese heute noch nicht vorschreibt. Den Landessektionen wird empfohlen, zu prüfen, inwiefern in ihrem Lande ein Zivil- und Strafgesetz wirksam und durchführbar wäre, welches den Richtern die Befugnis zur Annullierung und Bestrafung von Hunger- und Hungerlohnvereinbarungen gibt. Schließlich wird die Unterstellung der Heimarbeit unter die Fabrikgesetze gefordert. Hinsichtlich der Kinderarbeit wird eine Regelung für alle Arten erwerbsmäßiger Beschäftigung verlangt. In der Landwirtschaft ist zwischen eigenen und fremden Kindern zu unterscheiden; hier soll die Beschäftigung schon vom vollendeten dreizehnten Jahre an zulässig sein, während sie für die übrigen bis zum vollendeten vierzehnten Jahre zu verbieten ist. Der Maximalarbeitsstag soll für weibliche Arbeiter auf zehn Stunden beschränkt werden, die gleiche Dauer soll der Maximalarbeitsstag auch für die männlichen Arbeiter in der Textilindustrie haben, dagegen soll der Maximalarbeitsstag der in den Kohlenbergwerken „unter Tag“ beschäftigten Arbeiter nur acht Stunden betragen.

Auf der vorigen Generalversammlung war beschlossen worden, den Vollzug der Arbeiterchutzgesetze einer Prüfung zu unterziehen. Das internationale Arbeitsamt hat die eingelaufenen Berichte übersichtlich zusammengefaßt; es wurde beauftragt, diesen Vorbericht zu vervollständigen und ihn den Staatsregierungen und den Landessektionen zur Prüfung zu unterbreiten. Der fertiggestellte Bericht soll den Staatsregierungen übersandt und in zweifachfacher Weise der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die internationale Versicherung gegen Betriebsunfälle ist ein Problem, welches die Vereinigung schon länger beschäftigt. Schon früher wurde beschlossen, im Prinzip den verletzten Ausländer mit dem Inländer gleichzustellen, auch sind bereits Grundzüge für die Ausführung dieser Gleichstellung entworfen worden. Inzwischen haben eine Reihe von Staaten wie Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Luxemburg und Holland Sonderverträge abgeschlossen, welche die Materie regeln. Die Versammlung stellte nunmehr eine Reihe von Grundfragen auf, die beim Abschluß derartiger Verträge zu berücksichtigen sind.

Nach der Entgegennahme des Berichtes der Kommission für die industriellen Gifte wurde bedauert, daß Belgien und Schweden in der Ablehnung des Phosphorverbotes beharren; das Bureau wurde beauftragt, seine Bemühungen fortzusetzen, diese und andere Länder zum Beitritt zur Phosphorkonvention zu bewegen. In bezug auf die Bleifarben wurde die frühere Forderung, deren Benutzung zu verbieten, wiederholt, zumal sie nach den gewonnenen Erfahrungen für den Innenantrieb entbehrlich sind. Bis zur Einführung eines allgemeinen Bleifarbenverbotes sollen alle Gefäße und Verpackungen, in denen bleihaltige Substanzen in Handel und Gebrauch kommen, deutlich und allgemein verständlich die Aufschrift: „Bleihaltig, giftig“ tragen. Die Arbeiter, die mit Bleifarben zu tun haben, sind stets auf die Vergiftungsgefahr hinzuweisen und einer regelmäßigen ärztlichen Untersuchung zu unterwerfen. Zur Bekämpfung der Bleifahrt in der Keramik und den polygraphischen Gewerben wurden einige Resolutionen gefaßt, die aber nur einen vorläufigen Charakter tragen. Für die Untersuchung dieser Gefahren wurden besondere Kommissionen eingesetzt. Im speziellen Hinblick auf die Bleivergiftungen wurde schließlich noch vereinbart, die Frage der Gewährung von Ferien unter Fortbezug des Lohnes einem Studium zu unterziehen. — Die nächste Generalversammlung findet im Jahre 1910 in Lugano statt.

Preussische Sozialpolitik. Die Berliner Ortrankenkasse der Kaufleute hat sich bisher ausschließlich der sehr verdienstlichen Aufgabe unterzogen, die Wohnungsverhältnisse ihrer Mitglieder zu erforschen. Die Resultate dieser Erhebungen gaben ein erschreckendes Bild von der herrschenden Wohnungsnot und von der Notwendigkeit der Hausbesitzer, welche den Proletariern grauenerregende Löhne für schweres Geld vermieten. Daß derartige Feststellungen den Hauspächtern nicht angenehm waren, kann man sich denken; sie gaben sich daher große Mühe, die Fortsetzung dieser Aufnahmen zu hintertreiben. Die Beschwerde des Haus- und Grundbesitzervereins beim Berliner Magistrat, der Ortrankenkasse dergleichen Feststellungen in Zukunft zu untersagen, hatte keinen Erfolg. Auch der später von ihnen angeforderte Oberpräsident wies das Anstehen der Hauspächter mit der Begründung zurück, er habe keine Veranlassung, eine derartige nützliche Arbeit zu verbieten. Die Herren ließen aber nicht locker, und ihre Hoffnung, daß der Minister die nützliche Arbeit verbieten würde, hat sie nicht betrogen. Der Rassenvorstand erhielt am 20. September folgende Verfügung:

Der Magistratskommissar für die Orts- und Betriebskrankenkassen.

Berlin, den 17. September 1908.
Abschrift des Erlasses des Herrn Oberpräsidenten vom 9. d. Mts. erhält der Vorstand zur Kenntnisnahme mit der Aufforderung, die Verwendung von Rassenmitteln für die Zwecke der Wohnungsenquete in Zukunft zu unterlassen bei

Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 M., eventuell 2 Tagen Haft für den Uebertretungsfall, die hiermit angedroht wird. gez. Dr. Meher.

Diese Verfügung erging auf folgende Anweisung: Der Oberpräsident.

Potsdam, 9. September 1908.

Abchrift übersende ich dem Magistrat auf den gefl. Bericht vom 6. Juni d. J. mit dem Ersuchen ergebenst, dem Vorstande der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsteleuten und Apotheker zu Berlin die Verwendung von Rassenmitteln für die Zwecke der Wohnungsruhe bei Vermeidung von Ordnungsstrafe für die Zukunft zu untersagen.

An den Magistrat zu Berlin.

Und diese Anweisung stützt sich wieder auf nachstehende Ministerialverfügung:

Der Minister für Handel und Gewerbe.

Berlin W. 66, den 26. August 1908.

Nach § 29 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes dürfen zu anderen Zwecken als zu den statutenmäßigen Unterstüßungen, der statutenmäßigen Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds und der Deckung der Verwaltungskosten, Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse nicht erfolgen. Da die Aufnahme von Wohnungsenqueten, wie auch in den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts vom 13. April 1905 (S. M. Bl. S. 155) und des Kammergerichts vom 12. Dezember 1907 (Abw. Verh. 1908 S. 93) zum Ausdruck gebracht ist, nicht zu den Aufgaben der Krankenversicherung gehört, so können Aufwendungen für diese Zwecke als Verwaltungskosten nicht angesehen werden.

An den Herrn Oberpräsidenten in Potsdam.

Es berührt ja im ersten Augenblick peinlich, bei einem preussischen Minister so wenig soziales Verständnis zu finden, daß er eine Tätigkeit verbietet, die sogar vom Oberpräsidenten als nützliche Arbeit bezeichnet wird. Bei näherem Zusehen muß man jedoch gestehen, daß das Verbot vollständig in unser Regierungssystem paßt; es ist durchaus preussisch.

Zur Reform der Arbeiterversicherung. Ende Oktober finden, wie offiziell gemeldet wird, im Reichsamt des Inneren die von dem Staatssekretär des Inneren zugesagten und bereits mehrfach angekündigten Konferenzen mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter über die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherung statt. Für den 23. Oktober sind Vertreter der Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschafts-, Krankenkassen und der freien Hilfskassen sowie Vertreter der Kassenbeamten geladen. Am 24. Oktober wird über die Frage des Arzneimittelbezugs für Krankenkassen und der Behandlung von Zahnkrankheiten ebenfalls unter Beteiligung ausgewählter Sachverständiger sämtlicher Interessengruppen verhandelt. Für den 27. Oktober ist eine Besprechung mit Vertretern der Unfallberufsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten und der Ausführungsbehörden über Beteiligung von Laienmitgliedern des Reichsversicherungsamtes angesetzt. Außerdem sind zu allen Verhandlungen, deren Leitung durch den Staatssekretär des Inneren, Staatsminister Dr. v. Bethmann-Hollweg erfolgen wird, die beteiligten Reichsbehörden, die größeren Bundesstaaten und das Reichsversicherungsamt eingeladen.

Was hat der Arbeiter von den Kriegervereinen? Die „Kriegervereine“ des Deutschen Arbeiterbundes übt ihre wesentliche politische Aufgabe, der Arbeiterbewegung die Organisationspflicht zu verwehren, mit geradezu strafwürdiger Tölpelhaftigkeit. Von neuem verfährt sie nach einem Rezept, dessen Väterlichkeit ihr von der sozialdemokratischen Presse schon vor zwei Jahren nachgewiesen worden ist. Wie damals, so stellt sie auch heute die wunderliche Fiktion auf, daß die sozialdemokratische Partei eine Art Wohltätigkeitsgesellschaft sei. Sie nimmt die vor einigen Wochen veröffentlichte Abrechnung des Parteivorstandes zur Hand und schreibt in die Welt hinaus, daß er von den 852 976,10 M., die der Parteikassierer als Einnahme verzeichnet, nur ganze 9500,04 M. als Unterstüßungen ausgegeben habe. Als ob es irgendeine andere politische Partei in der Welt gäbe, die ihre Aufgabe darin sieht, Unterstüßungen auszusuchen! Im Gegensatz zur Sozialdemokratie wird dann der Kriegerverein herausgehoben, der im Jahre 1907 volle 496 887 M. als Unterstüßung der Kameraden usw. ausgezahlt habe.

Nur auf Leute, die grundsätzlich dem Nachdenken aus dem Wege gehen, kann diese Gegenüberstellung Eindruck machen. Für den übrigen Teil der Menschheit ist sie ein Zeichen, daß gerade die für die Kriegervereine ausgegebenen Mitgliedsbeiträge im Sinne der „Kriegervereine-Korrespondenz“ aus dem Fenster geworfen sind. Die dem Deutschen Arbeiterbund (Kriegerverein) angehörenden Landeskriegerverbände zählten im Jahre 1907 insgesamt 2 296 167 Mitglieder. Vor zwei Jahren prahlte die „Kriegervereine-Korrespondenz“ in einer Polemik gegen die „höheren Gewerkschaftsbeiträge“ damit, daß die Kriegervereine selten über 5 M. Jahresbeitrag zu zahlen hätten. Nehmen wir diese 5 M., auch für 1907 als Durchschnitt an, so wären in den Kriegervereinen insgesamt 11 480 785 M. als Beiträge eingegangen. Wenn davon nur 496 887 M., also noch nicht 4 Proz., für Unterstüßungszwecke ausgegeben sind, so ist das eine geradezu beschämend geringe Summe. Namentlich, wenn man in Betracht zieht, daß die Kriegervereine sich mit Händen und Füßen gegen die Annahme wehren, daß sie eine politische Organisation wären, sondern aufdringlich ihren Charakter als Unterstüßungsinstitute hervorheben. Wir sind im Interesse der deutschen Kultur dem Kriegerverein natürlich dankbar dafür, daß er selber die deutschen Arbeiter durch Zahlen davon überzeugt, wie nutzlos sie ihr sauer verdientes Geld opfern, wenn sie es für Kriegervereinszwecke hingeben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Oktober: Dhrdruff 5 Pf.; ab 15. Oktober: Goldap 10 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 48. Wochenbeitrag für die Woche vom 18. bis 24. Oktober fällig geworden.

Nachstehend veröffentlichen wir ein Verzeichnis der Telefonnummern des Verbandes mit dem Ersuchen, etwaige Unrichtigkeiten oder Änderungen an uns mitzuteilen:

- Verbandsvorstand Berlin, Amt VII, Nr. 1805.
Solzarbeiter-Zeitung Berlin, Amt VII, Nr. 1805.
Gauvorstand Stettin, Nr. 4812.
Zahlstelle Stettin, Nr. 4812.
Gauvorstand Breslau, Nr. 7118.
Zahlstelle Breslau, Nr. 7118.
Görlich, Nr. 1008.
Gauvorstand Berlin, Amt IV, Nr. 10623.
Zahlstelle Berlin, Amt IV, Nr. 10623 und 3578.
Frankfurt a. D., Nr. 96.
Rixdorf, Nr. 812.
Weißensee, Nr. 155.
Gauvorstand Dresden, Nr. 9264.
Zahlstelle Dresden, Nr. 9264.
Gauvorstand Chemnitz, Nr. 1158.
Zahlstelle Chemnitz, Nr. 1158.
Leipzig, Nr. 3487.
Gauvorstand Magdeburg, Nr. 2220.
Zahlstelle Braunschweig, Nr. 2580.
Magdeburg, Nr. 2870.
Gauvorstand Hamburg, Amt V, Nr. 298.
Zahlstelle Bremen, Nr. 4778.
Bremserhaven, Nr. 1292.
Hamburg, Amt V, Nr. 298.
Kiel, Nr. 5560.
Gauvorstand Hannover, Nr. 5648.
Zahlstelle Kassel, Nr. 2445.
Hannover, Nr. 5648.
Gauvorstand Düsseldorf, Nr. 7869.
Zahlstelle Düsseldorf, Nr. 7869.
Duisburg, Nr. 1426.
Elberfeld, Nr. 8495.
Essen, Nr. 8896.
Köln, Nr. 2819.
Gauvorstand Frankfurt a. M., Nr. 1878.
Zahlstelle Frankfurt a. M., Nr. 1878.
Mannheim, Nr. 1849.
Gauvorstand Nürnberg, Nr. 3820.
Zahlstelle Kitz, Nr. 168.
Nürnberg, Nr. 3820.
Gauvorstand München, Nr. 1820.
Zahlstelle München, Nr. 869.
Gauvorstand Stuttgart, Nr. 3786.
Zahlstelle Stuttgart, Nr. 3786.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden wegen Streikbruchs auf Antrag von der Zahlstelle Berlin der Maschinenarbeiter Ernst Erzel, der Bergolber Otto Feldhahn, der Tischler Theodor Feldner und der Klaviermacher Julius Warthe; von Breslau die Tischler Hermann Rogalski, Adolf Weber und Emil Wegener; von Gerdelen der Knopfmacher Heinrich Schweppe; von Grimma die Hornmacher Karl Kappel, Johann Puschky, Otto Reifert und Oswald Stelzner; von Hof die Tischler Adolf Dietel, Georg Fränkel, Hans Hermannsdorfer, Daniel Rorich sowie der Maschinenarbeiter Georg Ullrich; von Jena die Tischler Eugen Dill und die Maschinenarbeiter August Wöhrer und Wilhelm Kammel; wegen Unregelmäßigkeit auf Antrag von Büdow der Bergolber Heinrich Drath; wegen Verzuges auf Antrag von Berlin der Polierer Paul Rausch und der Tischler Ebnard Neumann.

- Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:
4164 Paul Ghle, Tischler, geboren 28. 5. 80 zu Berlin.
16489 Karl John, Tischler, geboren 16. 5. 65 zu Neidhardt.
64956 Otto Voiges, Tischler, geboren 28. 11. 83 zu Delbergen.
135219 Wilhelm Notkessel, Polierer, geboren 19. 11. 71 zu Berlin.
189150 Arthur Genning, Tischler, geboren 12. 11. 83 zu Miga.
189211 Heinrich Schlüter, Tischler, geboren 21. 4. 77 zu Geesterandeich.
145186 Paul Stumme, Tischler, geboren 21. 11. 88 zu Berlin.
209918 Hubert Steppau, Modelltischler, geboren 22. 2. 86 Oberbifa.
280526 Albert Richter, Tischler, geboren 21. 2. 68 zu Kiewitz.
248122 Eugen W. Knopp, Tischler, geboren 12. 1. 79 zu Kühnheide.
275959 Rudolf Kraus, Tischler, geboren 29. 11. 86 zu Stuhna.
501780 Karl Stahl, Tischler, geboren 31. 1. 82 zu Heppens.
307895 Karl Metzendorf, Tischler, geboren 30. 4. 80 zu Niederbedfen.
385820 Wilhelm Döring, Tischler, geboren 18. 3. 75 zu Saale.
447664 Alfred Schulz, Tischler, geboren 21. 8. 87 zu Güstrib.

Von Zahlstellen eingehandt wurden im Monat September nachfolgende Beträge:
Gau Danzig: Bromberg 150 M., Gding 250, Graubenz 100, Gumbinnen 45, Königsberg 250, Kofel 71,60, Pr.-Holland 100, Tiffit 90, Treptow 80 M.

Gau Stettin: Anklam 90 M., Friedland 50, Fürstenberg 50, Grabow 100, Rasan 100, Loik 50, Lübbchen 52, Neustrelitz 100, Rostock 500, Schwerin 100, Stargard 80, Stralsund 100, Strelitz 100, Swinemünde 200, Warnemünde 55, Wismar 280 M.

Gau Breslau: Bentschen 120 M., Brieg 150, Bunzlau 100, Deutsch-Lissa 20, Freiburg 750, Görlitz 800, Guhrau 88, Gahnau 50, Girsberg 50, Kattowitz 250, Königshütte 200, Langenbielau 70, Langenöls 500, Lauban 120, Neufalz 50, Niesky 90, Oppeln 70, Ratibor 80, Schönb-berg 50, Schweidnitz 150, Waldenburg 150 M.

Gau Berlin: Adlershof 50 M., Beelitz 80, Bernau 150, Biesenthal 40, Charlottenburg 500, Cottbus 400, Dahme 9, Driesen 60, Eberwalde 200, Erxner 50, Fehrbellin 80, Fülehe 30, Finsterwalde 300, Französisch-Buchholz 39, Gemigsdorf 69,10, Herzberg 60, Jüterbog 40, Klosterfelde 100, Landsberg 520, Lindow 98, Lübbenau 207, Neuruppin 150, Potsdam 300, Prenzlau 100, Priebus 100, Rathenow 200, Rixdorf 1200, Sagan 74,80, Schneidemühl 100, Soldin 15, Sommerfeld 100, Sorau 200, Spandau 800, Spremberg 250, Teltow 54, Treuenbriegen 200, Velten 50, Wieß 70, Weißensee 1600, Wittenberge 300, Wittstok 38,20, Zehdenick 10, Jossen 60, Züllchau 68,80 M.

Gau Dresden: Bauken 500 M., Brand 340, Cunnersdorf 200, Döbeln 400, Dresden 3000, Eppendorf 100, Freiberg 394, Geringswalde 600, Glashütte 200, Großenhain 100, Großröhrsdorf 200, Gr.-Schöna 254,29, Hartha 500, Kamenz 58,80, Königstein 160, Kötzschenbruda 170, Leisnig 100, Leubsdorf 180, Marienberg 82,86, Meißen 400, Mittweida 250, Mulda 80, Neugersdorf 50, Neuhäusen 150, Deberan 50, Olbernhau 200, Pirna 600, Rabenau 1300, Rechenberg 60, Riesa 160, Sebnitz 60, Waldheim 500, Zittau 400 M.

Gau Chemnitz: Altenburg 200 M., Aue 180, Auerbach 190, Buchholz 100, Chemnitz 800, Döben 50, Eilenburg 1400, Eifenberg 610, Falkenstein 50, Geithain 100, Gera 700, Greiz 100, Grimma 100, Gähnichen 150, Kleinolbersdorf 150, Leipzig 9000, Limbach 50, Markranstädt 60, Penig 147, Raschau 180, Schmölln 1200, Schönheide 250, Thalheim 90, Triebes 150, Werdau 120, Wilkau 100, Wurzen 50, Zeitz 800, Zeulenroda 800, Zwickau 200 M.

Gau Erfurt: Bleicherode 40 M., Ettrich 60, Eschwege 180, Frankenhäusen 600, Gotha 400, Gräfenroda 30, Kelbra 71, Langewiesen 200, Leibis 168, Mellenbach 825, Mühlhausen 150, Nordhausen 100, Ohrdruf 100, Ruhla 120, Saalfeld 100, Suhl 45, Themar 225, Waltershausen 200, Weimar 850 M.

Gau Magdeburg: Aken 117,20 M., Aschersleben 100, Bernburg 180, Blankenburg 100, Braunschweig 800, Cöthen 400, Coswig 250, Delitzsch 80, Dessau 400, Gütten 50, Halle 500, Helmstedt 1000, Magdeburg 20, Neuhalbensleben 60, Quedlinburg 100, Roskau 195, Staßfurt 100, Wernigerode 100, Zerbst 100 M.

Gau Hamburg: Bargteheide 60 M., Bergedorf 180, Blankenese 150, Boizenburg 100, Bremen 1500, Bremerhaven 2000, Burgdamm 800, Cuxhaven 80, Dammberg 100, Delmenhorst 200, Elmshorn 100, Emden 10, Flensburg 400, Gaderleben 100, Hamburg 3000, Harburg 400, Heide 160, Iphoe 100, Kofstedt 50, Lübeck 900, Lüneburg 500, Melbörk 100, Neuenburg 100, Nordenham 50, Oldenburg 450, Osterloe 100, Preetz 88, Sonderburg 150, Süderbrarup 60, Wilhelmshafen 150 M.

Gau Hannover: Diefeld 1800 M., Cassel 850, Celle 550, Detmold 400, Einbe 90, Göttingen 850, Hameln 50, Herford 1700, Lage 100, Melle 800, Minden 400, Münder 200, Ochsenhausen 300, Osabrück 500, Peine 850, Quakenbrück 200, Seelen 50, Solltau 100, Stadlhagen 78,69, Uelzen 200 M.

Gau Düsseldorf: Dortmund 600 M., Düsseldorf 1600, Engelskotten 135, Emmerich 60, Essen 400, Gelsenkirchen 170, Gummersbach 80, Hagen 400, Hameln 100, Kattingen 100, Kerne 65, Krefeld 150, Köln 2000, Krefeld 200, Kump 30, Löhrenhausen 200, Neulinghausen 100, Neuss 70, Sankel 100, Siegen 68, Soest 100, Uerdingen 100, Viersen 75, Wald 200, Wanne 100, Werden 100 M.

Gau Frankfurt: Bensheim 100 M., Bieben 800, Großkarben 33,50, Hanau 350, Heilstein 30, Heilheim 200, Kirchheim 150, Mammheim 1800, Meß 500, Montabaur 40, Offenbach 500, Pirmasens 60, Rumpenheim 250, Saarbrücken 200, Speyer 150, Sprendlingen 100, Worms 400 M.

Gau Nürnberg: Amberg 200 M., Ansbach 100, Bayreuth 200, Cham 25, Dinkelsbühl 80, Fürth 2000, Geroldsheim 100, Herzogenaurach 20, Kissingen 47,60, Marktredwitz 19,72, Neustadt 30, Nürnberg 5000, Ochsenfurt 71, Schwabach 100, Würzburg 400, Zirndorf 100 M.

Gau München: Bruckmühl 40 M., Dachau 120, Günzburg 70, Krumbach 80, Memmingen 100, Meßbach 35, Mühldorf 80, München 2500, Pfaffing 150,50, Penzberg 80, Prien 80, Reichenhall 70, Starnberg 80, Tölz 110, Weilheim 40, Zingst 35 M.

Gau Stuttgart: Asperg 100 M., Bietigheim 100, Colmar 260, Ebingen 80, Emmendingen 55, Furtwangen 150, Holzgerlingen 55,20, Karlsruhe 800, Kirchheim 200, Lengfrich 30, Lorch 49,10, Marktraß 9,80, Neckingen 121,60, Mühldorf 60, Mühlfeld 800, Neuenbürg 70, Offenbach 50, Oos 40, Pforzheim 600, Schorndorf 70, Singen 70, Steinheim 100, Straßburg 1100, Sulzbach 34, Ulm 540, Zuffenhausen 500 M.

Die Verwaltungen und Revisoren werden ersucht, vorstehende Quittung zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nur solche Beträge sind hier aufgeführt, welche bis inkl. 30. September in Händen des Kassierers waren.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung des Ausschusses. Alle Sendungen an den Ausschuss sind nunmehr an die Adresse des Unterzeichneten zu richten. Der Vorsitzende: Aug. Köppe, Stuttgart, Gaisburgstr. 8.

Agitation im Gau Frankfurt a. M.

Vom Gauverband waren mir für Weinheim-Oggersheim, Lambrecht und Speyer Agitationsversammlungen übertragen worden; der Besuch derselben liegen im allgemeinen zu wünschen übrig. Weinheim hatte die bestbesuchte Versammlung, von 90 Organisierten waren 50 bis 60 Kollegen erschienen. Eine energische, planmäßige Agitation wäre hier vonnöten, denn den 90 Organisierten stehen noch über 400 unorganisierte Stuhl-, Kammer- und Würstenmacher gegenüber. Nach Erstattung des Referats setzte eine anregende Diskussion ein. Hausagitation und Vertrauensmännerystem soll in Zukunft besser gepflegt werden. Am Schluß der Versammlung ließen sich sechs Kollegen neu aufnehmen. In Oggersheim hatte die Versammlung besser besucht sein können, von 35 Kollegen waren 15 erschienen. Viel zu organisieren ist nicht mehr, die Kollegen arbeiten auch größtenteils in der Großstadt Mannheim. Indifferente Kollegen sind wenig oder gar nicht in Oggersheim vorhanden. Gut wäre es, wenn diese kleinen Zahlstellen, dem Verbandstagsbeschlusse gemäß, sich an die größeren anschließen würden, da letztere den lokalen Unterstützungszuschlägen eher gerecht werden können als eine Zahlstelle von 30 bis 40 Mitgliedern, die sich an diesen Unterstützungen verblutet. In Lambrecht hätte die Versammlung, angesichts des Streiks in Böhl, an dem eine Anzahl älterer Lambrechter Kollegen beteiligt sind, besser besucht sein können. Die Zahlstelle zählt einen Stamm tüchtiger und erfahrener Kollegen, die in der Debatte gutes leisten. Die Diskussion drehte sich speziell um den Böhl- und Streik. In Speyer war das Bild der Versammlung am trügerlichsten. Eine aufklärende, rege Agitationsarbeit könnte auch hier bessernd auf das Organisationsverhältnis einwirken. Daß eine gute Organisation notwendig ist, werden die Speyerer Kollegen am besten wissen, denn überaus schlechte Löhne werden hier bezahlt. Eine rege Werkstättenagitation ist der Verwaltung zu empfehlen, denn der weitaus größte Teil der Beschäftigten steht der Organisation noch fern. Eine Diskussion fand nach dem Referat nicht statt. — In Weinheim und Speyer referierte ich über: „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage und sind unsere modernen Gewerkschaften eine soziale Notwendigkeit“. In Oggersheim und Lambrecht referierte ich über: „Der Deutsche Holzarbeiterverband und sein Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe“. M. Schmidt - Saarbrücken.

Korrespondenzen.

Bacharach a. Rh. Am schönen Rhein sind die Zahlstellen unseres Verbandes recht dünn gesät; von Mainz bis Koblenz traf man bisher keine Zahlstelle an. Nunmehr ist es uns gelungen, auch in Bacharach festen Fuß zu fassen. In einer Versammlung am 29. September wurde, nach einem Referat des Kollegen Weidner, beschlossen, am hiesigen Orte eine Zahlstelle zu errichten. Aufgabe der Kollegen muß es nun sein, für uns zu sorgen, daß sich unsere Zahlstelle kräftig entwickelt. Wir eruchen die zuverlässigen Kollegen, welche in Bacharach und Umgegend in Arbeit treten, sich in der Zahlstelle anzumelden. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Ernst Wirmahn, Tischler, Oberwesel a. Rh. Verkehrslokal: „Zum kalten Keller“ in Bacharach.

Dippoldiswalde. Am 8. Oktober fand hier eine Versammlung der Maschinenarbeiter statt zwecks Gründung einer Sektion der Maschinenarbeiter. Kollege Henschel aus Dresden sprach über die Vorteile der Sektion. Es wurde beschlossen, eine Sektion zu gründen, und wurde Kollege Augustin als Sektionsleiter gewählt. Die Kollegen hoffen, dadurch auch ihre Berufskollegen, welche bis heute der Organisation noch fernstehen, dazu bewegen zu können, dieser Beizutreten, denn nur durch Zusammenschluß werden die Kollegen Erfolg haben.

Grimma. Wie oft schon sind die Kollegen aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen, aber leider stets ohne Erfolg. Wohin die Interessiertheit führt, haben wir doch jetzt bei dem verlorenen Streik der Korbmacher wieder gesehen. Gerade hier in Grimma haben wir viel mit solchen Elementen zu tun, die ihren Kollegen bei Arbeitslosigkeit in den Rücken fallen. Kollegen von Gölzern, warum laßt ihr euch nicht einmal in den Versammlungen sehen, da sich die jetzige Krise doch bei euch am meisten bemerkbar macht? Das Diskutieren und Schimpfen am Bierisch hat keinen Zweck, nur eine gemeinsame Aussprache kann zum Ziele führen. Auch den Tischlern hier rufen wir zu: Wacht auf, organisiert euch, wenn bei euch bessere Verhältnisse eintreten sollen, damit ihr nicht mit 14 bis 16 Mk. Wochenverdienst nach Hause zu gehen braucht. Wollt ihr für euch wirklich menschenwürdige Zustände schaffen, dann tretet ein in unsere Organisation und kämpft mit uns für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In der nächsten Versammlung ist ein Referent anwesend, darum erscheint alle pünktlich.

Jauer. (Stellmacher.) Um die zehnstündige Arbeitszeit wieder illusorisch zu machen, wenden die Arbeitgeber folgenden Trick an: Bei jedem neu anzufangenden Stück Arbeit wird der Vorwand gebraucht, es sei sehr eilig, es müßten Ueberstunden gemacht werden, während man beim Berechnen des Akkords jammert, daß die Konjunktur so schlecht sei und man Geld zusehen müsse. Die Arbeitgeber haben auch schon teilweise Erfolg gehabt und haben sich schon die richtigen Ausgesprochen, und die diesen Schwindel nicht glauben, versucht man hinauszusetzen. Den Stellmachern von Jauer wäre dringend zu raten, die Mitgliederversammlungen besser zu besuchen und die Mißstände dort zur Sprache zu bringen. Allen auswärtigen Kollegen raten wir, Jauer zu meiden. Erfreulicherweise scheint der Versammlungsbesuch jetzt wieder reger zu werden; die letzte Mitgliederversammlung war wieder ziemlich gut besucht. Aber auch den Brüdern in Christomüssen wir einige Aufmerksamkeit schenken, denn diese arbeiten uns mit aller Gewalt entgegen.

Laubitz a. W. (Möbelleistler.) In der letzten Sektionsversammlung beschäftigten sich die Kollegen auch mit der zurzeit am hiesigen Orte herrschenden Krise. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Kollegen allerorts darauf aufmerksam zu machen, daß sie unsere Stadt nicht überlaufen respektive jedes Angebot bei den in Frage kommenden Firmen zu unterlassen und sich nur bei der hiesigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Memel. Als eine echte Girsch-Dundersche Leistung stellt sich das in Nr. 41 der „Gilde“ erschienene Eingefand dar. Man muß sich geradezu wundern, welche staunenswerte Routine der Einsender, Herr Rudolf Kerlau, besitzt, auf kleinem Raum möglichst viele Unwahrheiten abzuladen. Nach der Vergangenheit dieser Much-Organisation und des größten Teiles ihrer Funktionäre in der Arbeiterbewegung können wir jedoch über das Nachwort aus Memel zum großen Teil stillschweigend hinweggehen. Wenn jedoch der Einsender behauptet, ich hätte bei Verteilung der Einladungsblätter gesagt, ich sei von Morozkowski (Gaulleiter der Girsch-Dunderschen Organisationen) aus Danzig geschickt, so schreibt er gerade das Gegenteil von dem, was wahr ist. Auf die Frage eines Kollegen, ob ich von Königsberg komme, sagte ich ihm, daß ich aus Danzig sei; seine weitere Frage, ob ich von Morozkowski komme, habe ich ausdrücklich mit nein beantwortet. Die weitere Neugier des betreffenden Kollegen zu befriedigen, hatte ich in der Mittagszeit weder Zeit noch Ursache. An dieser Stelle sei gleich erwähnt, daß der betreffende Kollege sich erbot, die Zettel dem Verfasser zu geben, damit er sie unter die Kollegen verteile. Da ich für diese Art der Agitation kein Verständnis hatte, so habe ich ihm davon abgeraten. Im übrigen waren die Einladungsblätter mit meinem Namen unterschrieben. Diese eine Tatsache, sowie daß in der Versammlung nicht einer ein Wort über die angebliche Täuschung erwähnte, kennzeichnet die Handlungsweise des Herrn Rudolf Kerlau. Derselbe „Wahrheitslieb“ besetzt Herrn Einsender, wenn er schreibt, ich hätte in meinen Ausführungen den Gewerkschaften verschiedentlich „belogen“ und verdächtigt. Erst nachdem Herr Kerlau sein Sprüchlein von dem 100 Mark-Früßstück usw., welches er, das muß auch ich gestehen, sehr gut auswendig gelernt hat, aufgesagt hatte, habe ich eine ganz kleine Blütenlese von Gewerkschaften, „Geldtaten“ gegeben und dabei besonders betont, unter Einführung von Gerichtsurteilen, daß das 100 Mark-Früßstück den Gewerkschaftsführern, besonders Herrn Gleichauf (Redakteur des „Regulator“), sehr schwer im Magen liege, da letzterer neben der moralischen Ohrfeige, welche ihm in der Urteilsbegründung erteilt wird, noch einen ganzen Monat bedürfe, um es zu verdauen. — Daß es den Machern des Gewerkschaften wider den Girsch geht, daß sich in Memel ein Teil der Kollegen dem Deutschen Holzarbeiterverband angeschlossen hat, glauben wir recht gern. Wir nehmen es ihnen auch gar nicht so sehr übel, daß sie die Mitglieder unserer Memeler Zahlstelle als minderwertig darzustellen suchen. Aber mit dieser Kampfesweise wird man den Zweck, den man verfolgt, unsere Zahlstelle wieder zu vernichten, nicht herbeiführen, dafür wird schon gesorgt werden. Im übrigen, Herr Rudolf Kerlau, nehmen Sie sich Ihre Einleitungsparole zu Herzen: „Sie haben eine unüberwindliche Abneigung gegen die Wahrheit“ bewiesen. Aug. Stäfelb.

Unsere Lohnbewegung.

In Hof ist die Aussperrung noch nicht beendet. Als nach Aufhebung des Streiks eine Notiz in einem hiesigen bürgerlichen Blatte erschien, welche besagte, daß die Aussperrung von seiten des Schupverbandes nur dann aufgehoben werde, wenn durch einen Tarifabschluß Garantie für die nächsten Jahre geboten sei, war wohl jeder der Ansicht, daß diese von nur kompetenter Seite kam. Wir sind bis heute noch dieser Ansicht, jedoch der Bezirksverband Hof will dies anderen Leuten in die Schuhe schieben, und nicht zuletzt den Ausgesperrten, wie in der letzten Nummer ihrer Fachzeitung zwischen den Zeilen zu lesen ist. Die Ausgesperrten haben absolut nichts mit der Notiz zu tun gehabt. Wenn man die ganze Bewegung bis jetzt verfolgt hat, so muß man sich wundern, wie sich die Arbeitgeber, die jederzeit mehrere Gesellen beschäftigten, von den kleinen Meistern an der Nase herumführen lassen, denn nur diese, die das ganze Jahr allein oder mit Lehrbuben arbeiten, haben Nutzen. Ein großer Teil Arbeit wurde von diesen Meistern ihren Gesellen, und deren Frauen könnte die Aussperrung bis zum 31. Minnereinstieg dauern, da sie eben keine Leute brauchen. Ersärlte uns doch einer persönlich, daß er soviel Arbeit noch nie gehabt habe wie in diesem Jahre, und er wünschte, daß alle Jahre gestreikt würde. Aber diese Meister sind es, die in den Versammlungen des Schupverbandes das Wort führen und die Schreinergejellen aushungern wollen. Erfreulicherweise ist aber bis jetzt noch an keinem der Ausgesperrten der Hungerthypus festgestellt worden. Sehr im Magen liegt den Schupverbändlern, daß ihre Kollegen auf dem Lande die Ausgesperrten mit Freude einstellen, denn diese wissen genau, daß sie wohl einen besseren Gang machen als unsere Schupverbändler mit ihren Bauernbuben. So hat man jetzt einen Tischlermeister im nahen Nichtenberg zugesagt, weil er Leute von uns beschäftigt! Sie rechnen nämlich so: Hat der betreffende Meister keine tüchtigen Gesellen, mit welchen er die von ihm verlangte Arbeit liefern kann, so komme die Arbeit nach Hof. Der Schläuere war aber diesmal der Nichtenberger Meister, indem er seinen beiden Landsleuten von Hof erklärte, trotz zu sein, tüchtige Gesellen zu haben, und würde er sich stets an uns wenden, wenn er welche braucht. Die Ausgesperrten, die nur schon die 19. Woche hinter sich haben, sehen den Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages, die nun stattfinden, mit Ruhe entgegen, da sie fest entschlossen sind, einen Vertrag ohne annehmbare Verbesserungen sich nicht aufhängen zu lassen.

Aus der Holzindustrie.

Von der Krankenkasse der Tischlerinnung in Berlin.

Vor einigen Wochen haben wir einen Brief abgedruckt, den Herr Mahardt namens des Vorstandes der Berliner Tischlerinnung an den Vorstand der Innungs-Krankenkasse gerichtet hat. Jenes Schreiben tropfte geradezu von Beleidigungen gegen den Kassenvorstand und die erkrankten Mitglieder, die zum größten Teil als Faulfranke und Arbeitslose bezeichnet wurden. Auch gegen die Ärzte wurden schwere Beschuldigungen erhoben.

Den Anlaß zu diesem „Brotausfall“ bot dem Innungsvorstand ein Antrag des Kassenvorstandes auf Erhöhung der Beiträge auf 4 Proz. des für die Krankenkasse festgesetzten durchschnittlichen Tagelohnes, der in einer zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Generalversammlung zur Beratung stand. Verursacht wurde dieser Antrag durch den außerordentlich schlechten finanziellen Stand der Kasse.

In dem fraglichen Brief waren auch verschiedene Bedingungen aufgestellt, von deren Erfüllung die Arbeitgeber ihre Zustimmung zu der Beitragserhöhung abhängig machen wollten. Die wichtigste dieser Bedingungen war die Anstellung von zwei Arbeitgebern als Krankenkassenkontrolloren. Das beschliffendste bei dieser Forderung war die Mäßigkeit, mit der dieselbe erhoben wurde, denn, wie uns berichtet wird, haben die Vertreter der Arbeitgeber im Kassenvorstand während der ganzen vorhergegangenen Zeit, in der doch die Krankenziffer noch bedeutend höher war, nicht ein einziges Mal eine Anregung nach dieser Richtung hin gegeben. Alle Beschlüsse in bezug auf die Kontrolle wurden einstimmig gefaßt, mit Ausnahme derjenigen, die eine Verbesserung der Kontrolle nach der Richtung hin bezweckten, daß dieselbe zentralisiert und für alle dem Gewerkschaftenverein angeschlossenen Krankenkassen gemeinsam durch die Zentralkommission der Krankenkassen vorgenommen wird. Gegen diesen Versuch, die Kontrolle wirksamer zu gestalten, wurden von den Arbeitgebervertretern Einwendungen erhoben.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß verschiedentlich die Vermutung laut wurde, daß hier die Kasse von den Arbeitgebern dazu ausgenutzt werden sollte, ihren mit dem Kassenzweck nicht zu vereinbarenden Sonderinteressen zu dienen, nämlich Personen, die sich um die Innung verdient gemacht haben, in Stellungen zu bringen. Dieser Versuch hätte um so eher unterbleiben müssen, als zurzeit für die Neueinstellung von Beamten durchaus kein Bedürfnis vorhanden ist und von dem Organ der Innung, der „Fachzeitung“, bei der Beschreibung der Vorgänge wiederholt gegen die Arbeitgebervertreter der Vorwurf erhoben wurde, daß sie sich von solchen Rücksichten leiten lassen.

Daß die Generalversammlung nach diesem Vorspiel einen stürmischen Verlauf nehmen würde, war vorauszu-sehen. Nur Herr Mahardt spielte den Ueberaschten; jeder andere hätte wissen müssen, daß man erwachsene Männer nicht wie dumme Jungen behandeln darf.

In der Begründung des Vorstandsantrages durch den Vorsitzenden wurde zahlenmäßig nachgewiesen, daß gerade die Arbeitgeber es waren, die den Ruin der Kasse herbeigeführt haben, indem sie verhinderten, daß die Beiträge zur rechten Zeit auf eine Höhe gebracht wurden, bei welcher der Bestand der Kasse gesichert war. Dadurch haben die Arbeitgeber erreicht, daß nun die Mitglieder dauernd hohe Beiträge zahlen müssen. Als dann ein Diskussionsredner, der von der „Fachzeitung“ als Vorstandsmitglied bezeichnet wird, obgleich derselbe noch niemals im Vorstand war, einige scharfe Ausdrücke in bezug auf das Schreiben des Innungsvorstandes gebrauchte, verließen die Meister, wie immer, wenn ihnen ein Antrag nicht paßt, bis auf fünf den Saal. Selbstverständlich wurde trotz der Abwesenheit der Meister der Antrag des Vorstandes zum Beschluß erhoben.

Nunmehr wandte sich Herr Mahardt im Auftrage der Innung beschwerdeführend an die Gewerbe-Deputation des Magistrats als Aufsichtsbehörde der Innungskasse. Wie zu erwarten war, holte er sich hier eine klägliche Abfuhr. In ihrer Nr. 40 vom 4. Oktober veröffentlicht die „Fachzeitung“ das Antwortschreiben der Gewerbe-Deputation, welches hier im Wortlaut folgen möge:

Gewerbe-Deputation des Magistrats. Journ.-Nr. 7664. Gem. II 1908.

Berlin C. 2, den 21. September 1908.

Auf die Beschwerde vom 5. d. Mis.

Die Zustände in der hiesigen Innungskassenkasse der Tischlerinnung und die Vorkommnisse auf der Generalversammlung am 31. August 1908 haben die Arbeitgebervertreter der Krankenkasse veranlaßt, verschiedene Anträge der Aufsichtsbehörde der Kasse zu unterbreiten.

Zunächst wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, der Kassenvorstand möge angehalten werden, eine durchgreifende Kontrolle der hauskranken Mitglieder vorzunehmen und zu diesem Zwecke zwei Arbeitgeber gegen Entgelt anzustellen.

Hierzu sind wir als Aufsichtsbehörde nach dem Gesetz nicht befugt. Da die Krankenkasse Selbstverwaltung besitzt, so bleibt nur übrig, dahingehende Anträge in der Generalversammlung zu stellen und einen entsprechenden Beschluß herbeizuführen.

Was die Innung betrifft, gegen säumige Zahlungspflichtige, die mit Beiträgen in Rückstand sind, das Verfahren gemäß § 52a des Krankenversicherungsgesetzes anzuwenden, so werden wir nicht unterlassen, in Anbetracht der zurzeit nicht günstigen Lage der Kasse den Vorstand auf diese Gesetzesbestimmung hinzuweisen und ihr gelegentlich empfehlen, in allen ihr geeignet erscheinenden Fällen diesen Weg einzuschlagen.

Dagegen sind wir nicht in der Lage, mit Rücksicht auf den schlechten Kassenzustand eine einstweilige Verfügung zu treffen, daß die Leistungen der Kasse vorläufig herabgesetzt werden.

Durch Beschluß der Generalversammlung sind die Beiträge auf 4 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes erhöht worden. Dieser Prozentsatz kann als ein allzu

hoher nicht bezeichnet werden; viele Klassen erheben die Beiträge in gleicher Höhe, manche überschreiten sie auch. Durch § 31 des Krankenversicherungsgesetzes, der auch für Innungskrankenkassen gilt, ist einer bis ins Ungemeinere gesteigerten Erhöhung der Beiträge, wie die Antragsteller zu fürchten scheinen, ein Niegel vorgeschoben. Muß doch, um eine Beitragserhöhung über 4 1/2 Prozent desjenigen Betrages, nach welchem die Unterstellungen zu bemessen sind und diese Erhöhung nicht zur Deckung der gesetzlichen Mindestleistungen erforderlich ist, herbeizuführen, von den Vertretern der Klassenmitglieder und denen der Innungsmitglieder getrennt Beschluß gefaßt werden. (Vergleiche § 50 des Statuts.) Es steht ja auch nichts im Wege, in günstigen Zeitläuften die Beitragsätze wieder herabzusetzen.

Ob die Innung unter diesen Umständen an dem Weiterbestehen der Innungskrankenkasse ein Interesse hat oder ob sie, wie angedroht, zur Auflösung schreiten wird, mag füglich ihr überlassen bleiben.

gez. Friedel.

An den Obermeister Herrn C. Nahardt.

Abchrift des Schreibens erhält der Klassenvorstand zur Kenntnisnahme mit dem Bemerkten, gegen saumselige zahlungspflichtige Arbeitgeber nachdrücklich die Bestimmungen des § 52a des Krankenversicherungsgesetzes (Ausgang) anzuwenden.

S. N.: (Unterschrift.)

An den Vorstand der Tischlerinnung.

Wir können den Schmerz des Herrn Obermeisters Nahardt über diesen ablehnenden Bescheid wohl begreifen, können ihm aber beim besten Willen nicht helfen. Als Landtagsabgeordneter, der selbst Gesetze machen soll, hätte er sich die gesetzlichen Bestimmungen etwas genauer ansehen müssen. Der einzige Punkt, in dem Herr Nahardt in gewisser Beziehung Recht bekommen hat, ist das Verfahren gemäß § 52a des Krankenversicherungsgesetzes. Aber auch von diesem Verfahren hat der Klassenvorstand schon wiederholt Gebrauch gemacht, allerdings nur in den Fällen, wo alle Hoffnung vergebens ist, jemals wieder Beiträge zu bekommen.

Wenn in den Bemerkungen, die der „Fachzeitung“ zu diesem Bescheid aus Innungskreisen zugegangen sind, auf eine eventuelle Auflösung der Klasse durch die Innung hingewiesen wird, so ist nur zu wünschen, daß der Innung ein derartiger Beschluß nicht leid wird. Es wäre das der erste vernünftige Beschluß, den die Innung in bezug auf die Krankenkasse fassen würde, und die Zustimmung der Arbeiter können wir ihr von vornherein zusichern, wenn sie derselben bedürfen sollte. Ist doch die Innungskasse nach den eigenen Ausführungen der „Fachzeitung“ im Jahre 1895 gegründet worden, weil die Meister von ihrem Beitragsdrittel in der Ortskasse keinen Nutzen hatten. Das heißt doch mit anderen Worten, weil die Meister die Ortskasse nicht für ihre besonderen Zwecke ausnutzen konnten, gründeten sie gegen den Willen der Arbeiter die Innungskasse, von der Meinung ausgehend, daß dieselbe sich besser für ihre Zwecke dienstbar machen lasse. Es ist auch noch gar nicht so lange her, daß in einer Generalversammlung ein Antrag zur Verlegung stand und schließlich auch zum Beschluß erhoben wurde, den Innungsvorstand zu ersuchen, in der Innungsversammlung dahin zu wirken, daß dieselbe einer von der Zentralkommission ausgearbeiteten Vorlage betreffs Zentralisation der Krankenkassen Berlins nach acht Berufsgruppen zustimme, was natürlich die Auflösung der Klasse zur Folge gehabt hätte. Bei der Verlegung dieses Antrages wurde von den Meistern ausgeführt, daß man ihnen nicht zumuten könne, den Akt abzulehnen, auf dem sie sitzen. Eine Antwort des Innungsvorstandes auf den schriftlich übermittelten Antrag erfolgte nicht. Sollte die Innung jetzt zu der Einsicht kommen, daß der Akt, auf dem sie sitzt, moralisch ist und beseitigt werden muß, dann darf sie sich darauf verlassen, daß ihre die Arbeiter in ihrem löblichen Bestreben keine Hindernisse bereiten werden.

Herr Hugo Rückelhaus in Essen ist in Ungnade gefallen. Schon im vorigen Jahre hat Herr Rückelhaus, der bisher Geschäftsführer des rheinisch-westfälischen Provinzial-Tischlerverbandes war, den Herrn Nahardt erregt, als er in der Günther'schen Tischler-Zeitung einen Artikel veröffentlichte, in welchem er der Enttäuschung Ausdruck gab, die er auf dem Tischlerfest in Hilbesheim erlebte. Er wurde dafür in der „Fachzeitung“ von Herrn Nahardt ganz gehörig gerüffelt. Die Entgegnung des Herrn Rückelhaus nahm jedoch die „Fachzeitung“ nicht auf, er hat deshalb seine Antwort in einem Zirkular gegeben, welches an die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbands verhandelt wurde. Unterstützt wurde dieselbe durch Erklärungen der Essener Tischlerinnung und des Ortsverbandes Essen des rheinisch-westfälischen Arbeitgeberverbands für das Holzgewerbe, welche sich in dem Streit rückhaltlos auf die Seite Rückelhaus' stellten und Herrn Nahardt mit scharfen Worten ihre Meinung sagten. Einige Zeit darauf scheint es jedoch zu einer Verständigung gekommen zu sein; bei dem Festessen, das im Anschluß an dem am 10. November 1907 abgehaltenen rheinisch-westfälischen Tischlerfest stattfand, wurde zwischen Rückelhaus und Nahardt das Kriegsbeil begraben. Der Frieden war aber nicht von langer Dauer. Jetzt macht der rheinisch-westfälische Provinzial-Tischlerverband in der „Fachzeitung“ bekannt, daß in der am 4. Oktober stattgefundenen Delegiertenversammlung mit 123 gegen 1 Stimme bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen wurde, „den bisherigen Geschäftsführer des Verbandes, Herrn Hugo Rückelhaus in Essen, von der Geschäftsführung zu entbinden“. Die Gründe für diese Amtsentsetzung werden

nicht mitgeteilt; vermutlich wird das von Herrn Rückelhaus nachgeholt werden. Dann wird man auch erfahren, ob die rheinisch-westfälischen Tischlermeister einem sanfteren Druck von Berlin aus gefolgt sind, oder ob sie aus anderen Gründen den Gefallen an Herrn Rückelhaus verloren haben, der doch eine große Rolle bei ihnen gespielt hat.

Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft scheint eine ganz eigenartige Auffassung von ihren Verpflichtungen gegen verletzte Arbeiter zu haben. Der Arbeiter Glosa in Danzig erlitt im Februar eine Quetschung des Beckenknochens und ist seither erwerbsunfähig. Er war bereits zweimal in der Anstalt für Unfallranke (Dionissenhaus) und wurde zuletzt am 2. Oktober aus der Anstalt entlassen, ohne wiederhergestellt zu sein. Als er am 3. Oktober wieder zum Arzt kam, weigerte sich dieser, ihn zu behandeln. Um diese merkwürdige Weigerung zu begründen, legte der Arzt dem Verletzten folgenden Brief vor:

Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft Sektion I.

S.-Nr. 1067/08.

Danzig, den 1. 10. 08.

Heiligegeistgasse Nr. 6.

Herrn Dr. Hohnefeldt, Langfuhr.

Hierdurch bitten wir Sie ergebenst, den Arbeiter August Glosa gefl. nicht mehr weiter behandeln zu wollen, da derselbe übertreibt und Schmerzen äußert, die gar nicht vorhanden sind. Es besteht bei ihm, wie das Dionissenhaus festgestellt hat, nur noch eine Einbuße an Erwerbsfähigkeit von 25 Proz.

Es ist auch — es hat eine Röntgendurchleuchtung stattgefunden — weitere Behandlung nicht erforderlich.

(Stempel.) Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft.

Der Vorstand der Sektion I.

Apreat, Vorsitzender.

Der Vorstand der Berufsgenossenschaft wird nicht umhin können, sich noch eingehend über sein merkwürdiges Schreiben zu äußern. Daß der Arbeiter, der sich nur am Stoch fortbewegen kann, noch erwerbsunfähig ist, kann er nicht bestreiten. Ein Versuch, dem Verunglückten die Rente zu entziehen, würde ja nicht weiter überraschen; das ist man von den Berufsgenossenschaften gewohnt. Aber der Versuch, durch Entzug der ärztlichen Behandlung einen angeblichen Simulanten erwerbsfähig zu machen, ist zum mindesten originell.

Ueber die Lage der Waggonfabriken wird dem „Zentralblatt für Waggonbau usw.“ geschrieben: Im Verhältnis zu dem starken Rückgang der gesamten Marktlage, von dem wohl alle Industriezweige in Mitleidenhaft gezogen worden sind, kann die Lage der Waggonfabriken als insofern noch befriedigend angesehen werden. Die Beschäftigung ist einseitig noch recht gut, wenngleich ein Rückgang ebenfalls eingetreten ist. Wie sie sich für die Zukunft stellen wird, hängt von der Höhe der Bestellungen ab, die seitens des Ministers erfolgen. Die Ausschreibungen für die nächste Lieferungsperiode sind alsbald zu erwarten. Nachdem bereits für den Abschnitt April bis Oktober 1908 die Mengen eine Kürzung erfahren haben, ist wohl anzunehmen, daß auch die ursprünglich vorgesehene Höhe der Aufträge für die kommende Periode im Sinne der Bestrebungen des Ministers, die für die Beschaffung von Betriebsmitteln im Etat vorgesehene Summe zu kürzen, entsprechend reduziert werden. Hinsichtlich der Preise macht sich überall ein Rückgang bemerkbar. Zwar hat ein Teil der Materialien eine Ermäßigung erfahren, doch ist dieser Abschlag nicht derart, daß er im wichtigen Verhältnis zu der Höhe der Ermäßigung der Fertigfabrikate steht. Im Auslandsverkehr sind die Preise gedrückt; in den Ländern, die für den Export überhaupt in Betracht kommen, sorgt im übrigen der Bedarf dafür, daß die Aufträge möglichst den heimischen Anstalten zugeführt werden.

Leipziger Pianofortefabrik Gebr. Zimmermann, Aktiengesellschaft, Müllau bei Leipzig. Ueber die kürzlich abgehaltene Generalversammlung der Gesellschaft bringt die „Frankfurter Zeitung“ folgenden Bericht: „Die Generalversammlung genehmigte die Quartalanne und stimmte der Verteilung von 10 Proz. (1 B. 9 Proz.) Dividende zu. Die Besprechung des Geschäftswerts, in die übrigens erst auf Vorhalt eines Aktionärs eingetreten wurde, zeitigte mehrere Momente. So wurde es als unkaufmännisch bezeichnet, daß in der Bilanz unbezahlte Löhne, Krankenkassenbeiträge usw. als „Rückstellungen“ figurieren. Die Verwaltung sagte eine Aenderung dieses Modus zu. Eine Frage betraf die Bewertung der Warenbestände, die gegen das Vorjahr um 175 000 Mk. höher seien. Die Verwaltung erklärte, daß die Vorräte an Material und Fabrikation nach dem „tatsächlichen Werte“ eingeschätzt seien. Angesichts der außergewöhnlichen Höhe dieses Aktivenpostens (rund 1 200 000 Mk.) ist es zu verwundern, daß die Generalversammlung sich mit der gegebenen Auskunft befriedigt erklärte. Ein Aktionär bemängelte, daß die Kreditoren gegen das Vorjahr so erheblich angewachsen seien. Die Verwaltung erwiderte, daß ihre Dank einen überaus günstigen Zinsfuß anrechne, zudem beständen die Kreditoren nicht lediglich aus Fabrikantenforderungen, sondern zum Teil aus einem „billig zu verzinsenden“ Darlehen. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder wurden schließlich wiedergewählt. Direktor Zimmermann teilte noch mit, daß in den ersten drei Monaten des neuen Jahres bereits mehr abgesetzt worden sei, als in der gleichen Zeit des Vorjahres.“

Gewerkschaftliches.

Eine Mustergewerkschaft.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband ist eine eigenartige Organisation. Um Mitglieder zu fangen, treibt er seine Agitation mit einer recht aufdringlichen Kollane, auch läßt er es sich angelegen sein, den Eindruck zu erwecken, als ob er die Interessen der Handlungsgehilfen in besonders radikaler Weise vertritt. In Wirklichkeit ist die sozialpolitische Wirksamkeit des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sehr zweideutiger Natur, was allerdings durch den Umstand, daß er eine antisemitische Organisation ist, sehr leicht erklärlich wird. Recht bezeichnend war sein Verhalten bei dem Krieg, den der Ver-

band bayerischer Metallindustrieller gegen die Organisation ihrer technischen und kaufmännischen Angestellten führt. Hierbei war auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband auf die Liste der verbotenen Vereine gekommen. Die „Arbeitgeberzeitung“ hatte aber bald erkannt, daß es sich nur um ein Versehen handelt. Das Scharfmacherorgan legte ein gutes Wort für die Deutschnationalen ein und warnte, sie nach dem äußeren Schein zu beurteilen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sei nur durch das „elende Vorbild“ des gewerkschaftlichen Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen gezwungen, eine „schärfere Tonart anzuschlagen“.

Statt aber diese Charakteristik als eine böswillige Entstellung entkräftet zurückzuweisen, suchte die kaufmännische Mustergewerkschaft das Vertrauen, welches ihr die „Arbeitgeberzeitung“ bewies, zu rechtfertigen. In einem Brief, den der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband an den Verband bayerischer Metallindustrieller richtete, um hier um gut Wetter anzuhaken, leugnete er jede ernsthaftige Tätigkeit im Interesse der kaufmännischen Angestellten. Er versichert, daß er nie für die achtstündige Arbeitszeit in Kontoren eingetreten sei, nur die ungeteilte (englische Arbeitszeit) wolle er gesetzlich auf acht Stunden beschränkt wissen. Weiter erklärt er, daß er gar nicht daran denke, eine Regelung der Gehaltsfrage nach dem Muster der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen anzustreben. Hoffentlich trägt dieses Geständnis dazu bei, daß der antisemitische Handlungsgehilfenverband von der schwarzen Liste der Metallindustriellen gestrichen wird.

Ganz in den Rahmen dieser Mustergewerkschaft paßt es auch, daß sie nun versucht, ihre daniederliegenden Finanzen auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege einer Lotterie aufzubessern. Die Frankfurter „Volksstimme“ druckt folgendes Zirkular ab, welches ihr von einem Leser überbracht wurde:

Frankfurt a. M., 1. Oktober 1908.

Wetterer Herr Kollege!

Die ausgedehnte sozialpolitische Tätigkeit unserer Ortsgruppe stellt an unsere Kasse außerordentliche Ansprüche, die sich von Jahr zu Jahr steigern. In diesem Jahre war es der Kampf um den Nachzuladenschluß, der uns zu großen Ausgaben zwang, und in einigen Monaten haben wir hier wiederum einen Wahlkampf um die Besetzung des Kaufmannsgerichts zu bestehen.

Diesen Anforderungen ist unsere Kasse nicht gewachsen. Wir haben daher mit einer ständigen Unterbilanz zu rechnen, wenn wir nicht zeitig um Deckung besorgt sind. Um uns nun die notwendigen Gelder zu verschaffen, haben wir die Veranstaltung einer Ortsgruppen-Lotterie

beschlossen. In der Einlage senden wir Ihnen nun zwei der Lose à 1 Mk. und bitten Sie, uns dadurch zu unterstützen, daß Sie uns für dieselben den Betrag portofrei einsenden. Den Spielplan finden Sie auf der Rückseite der Lose, bei dessen Durchsicht Sie erkennen werden, daß das Opfer für Sie außerordentlich gering ist. Sollten Sie sich aber trotzdem nicht entschließen können, unsere Bitte zu erfüllen, dann ersuchen wir um Rücksendung der Lose.

Wenn die Lose bis zum 10. d. Mts. nicht in unseren Händen sind, dann nehmen wir an, daß Sie sich zum Kauf derselben entschlossen haben und werden Sie für den Betrag belasten.

Herr Kollege! Ist Ihnen darum zu tun, daß wir auch ferner erfolgreich hier arbeiten, dann kaufen Sie die beiden Lose und senden uns den Betrag von 2 Mk. umgehend ein. Wir werden durch verdoppelte Arbeit zum Wohle unseres Standes uns dankbar erweisen.

Deutschen Gruß

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband.

Ortsgruppe Frankfurt a. M.

Der Vorstand.

S. N.: Leinberger, Vogelmann.

Die „Volksstimme“ bemerkt zu diesem Aufruf: „Zum Wohle unseres Standes! Wir wußten bisher schon, daß hinter den großen Worten dieser Deutschnationalen herzlich wenig steckt, von der „ausgedehnten sozialpolitischen Tätigkeit“ der Antisemiten hat in Frankfurt noch niemand etwas gemerkt, am allerwenigsten bei der Erringung des Nachzuladenschlusses. Allgemein bekannt war auch, daß bei der Aufnahme in den Verband keine höheren geistigen Ansprüche an die „Rekruten“ gemacht wurden, es sei denn, daß man die Kenntnis der „Wacht am Rhein“ dazu rechnet. Daß diese teutschen Gelden aber jetzt nachträglich für ihre geistig minderbemittelten Mitbürger auch noch eine besondere Dummheitssteuer ausschreiben, das ist — mehr als grausam.“

Der Gedanke, der leeren Kasse durch eine Lotterie auf die Beine zu helfen, hat den Vorteil, originell zu sein, er dürfte aber bei einer Organisation, die auf Reinlichkeit hält, schwerlich Nachahmung finden. Die antisemitischen Handlungsgehilfen nehmen es in diesen Dingen aber nicht so genau, die Hauptsache ist, daß das Geld im Kasten klingelt. Man kann das aber schließlich begreifen, denn diese Musterorganisation hat sich bisher schon so verhalten, daß sie an gewerkschaftlicher Ehre nicht viel mehr verlieren kann.

Otto Näther †. Am 3. Oktober verstarb in Stuttgart der Arbeiterssekretär Otto Näther. Näther war Uhrmacher von Beruf und längere Zeit Vorsitzender des Uhrmacherverbandes in Berlin, wirkte aber damals schon für den Zusammenschluß aller Metallarbeiter in eine einheitliche Organisation. Als die Uhrmacherorganisation im Jahre 1897 zum Metallarbeiterverband übertrat, wurde Näther zunächst zweiter, später erster Vorsitzender der Zweigstelle Berlin des Metallarbeiterverbandes, die unter

seiner Leitung einen glänzenden Aufschwung nahm. Im Jahre 1901 folgte er einem Rufe nach Stuttgart, wo er bis zu seinem Tode als Gewerkschaftssekretär wirkte.

Die Gewerkschaftsbewegung in Petersburg. Das Zentralbureau der Petersburger Gewerkschaften veröffentlichte dieser Tage folgende Angaben über den Stand der Petersburger Gewerkschaftsbewegung zum 1. Juli d. J.:

Table with 6 columns: Verband, Zeitpunkt der amtlichen Eintragung, Mitglieder (nominelle, zahlende), Mo-nats-ein-nahme, Klassen-bestand in Rubeln. Lists various worker groups like Metallarbeiter, Holzarbeiter, etc.

Im ganzen | 23 158 | 9956 | 4178 | 27 918

Von insgesamt 42 Verbänden, die amtlich registriert sind, entfalten also bloß 25 irgendeine Tätigkeit, und von diesen sind es nur zwei oder drei (Metallarbeiter-, Textilarbeiter- und Zimmererverband), die über eine nennenswerte Mitgliederzahl verfügen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

„Ein Musterinstitut des sozialdemokratischen Zukunftsstaates“ war der Titel einer gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse gerichteten Subelschrift, die im Mai vorigen Jahres erschien und von der Hirsch-Duncker'schen Presse auf das angelegentlichste empfohlen wurde.

Mag schon dieses Recht, das ihrem Schützling widerfahren war, den Hirschen recht unangenehm gewesen sein, so erreichte ihr Schmerz den höchsten Grad, als sie erfahrene mußten, daß ihr vielgeliebter Amandus ein gemeingefährlicher Expreßer ist.

Noch ein Schützling der Hirsche. Der Arbeiter Emil Tietzsch in Nürnberg hatte lange versucht, im Bauhilfsarbeiterverband, dem er angehörte, eine einflußreiche Stellung zu erlangen.

Eingefandt.

Mehr Agitation!

Dieser Ruf ist wohl in keiner Zeit lauter und auch notwendiger erhellt als jetzt, zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges.

zwei Millionen gewerkschaftlicher Streiter mustern zu können, mußte man sich mit fast 150 000 weniger zufriedengeben.

Zunächst die wirtschaftliche Krise selbst. Die Tatsache, daß durch die Ausschaltung einer Anzahl überflüssiger Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß auch das zu beackernde Agitationsfeld ein wesentlich kleineres wird, ergibt sich aus den Verhältnissen selbst.

Arbeitslosigkeit im Monat September 1908.

Table with columns: Gau, Arbeitslose Mitglieder an Orte (vom vorigen Monat, Zugang, Gesamtzahl, am letzten Tage d. Monats), Unterstützung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise), Beschäftigten haben nicht berichtet.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben, sind: Hohenstaufen, Marienburg, Baffan, Stettin, Drossen, Polmar, i. P., Nadeberg, Wöhler, Stehbel, Germsdorf, Salzwedel, Brate, Segeberg, Stade, Peine, Rheine, Verden, Dören, Schwerte, Verden, Alzen, Diebenhofen, Eberbach, Reustadt a. d. S., Feucht, Garmisch, Rosenheim, Alen, Achern, Gebweiler, Holzgerlingen, Radolfzell und Reichenbach a. d. F.

Table with 2 columns: Monat, Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats (1904, 1905, 1906, 1907, 1908) and Auf je 100 Mitglieder entfallende Arbeitslose (1904, 1905, 1906, 1907, 1908).

der Agitation durch Anfertigung von Flugblättern und Uebernahme von Referaten unterstützen und ihnen auch mit Rat und Tat zur Seite stehen. Es mangelt dort, wie auch schließlich in den mittleren Zahlstellen, oft ganz empfindlich an Kräften. Die geistige Rede, die oft in den Versammlungen infolge mangelnder Kräfte und geeigneten Stoffes vorherrscht, ist nicht dazu angetan, das Interesse der Mitglieder an Versammlungsbesuch zu heben. Mit dem Verlesen des Protokolls und der Aufnahme neuer Mitglieder sollte sich, wie so oft, die Tagesordnung nicht erschöpfen. Eine mehr großzügige Behandlung von wirtschaftlichen und sozialen Fragen, selbst wenn in Ermangelung eines geeigneten Redners ein die Frage behandelnder Zeitungsartikel verlesen und darüber diskutiert wird, würde dazu beitragen, das Interesse zu wecken und neue Kräfte heranzubilden. Das würde eine nachhaltige Wirkung auf die Werkstatttaggation hervorbringen und der Organisation nur zum Vorteil gereichen. Dem Restantenwesen muß eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Wo ein gut ausgebautes Werkstattbelegertensystem vorhanden ist, und das muß als Grundlage einer Zahlstelle vorhanden sein, lassen sich sehr gut vor Schluß des Quartals die Restanten aus der Liste herausziehen und in einem namentlichen Verzeichnis sämtlichen Belegerten zustellen, die dann im Betriebe das übrige besorgen. Das Augenmerk muß sich mehr auf die Erhaltung als auf die Neugewinnung von Mitgliedern richten. Wer fünf bis sechs Beiträge restiert, steht meistens schon mit einem Fuß außerhalb der Organisation. Eventuell müßten die

Restanten am Sonntagvormittag durch eine planvoll organisierte Hausagitation, wozu allerdings die geeigneten Kollegen die Vorbedingung bilden, in ihren Wohnungen aufgesucht und auf die in die Nähe gerückte Streichung und den damit verbundenen Verlust aller Rechte hingewiesen werden. Auch schadet es nichts, und speziell in den mittleren und kleineren Zahlstellen könnte in der Weise verfahren werden, daß man von Zeit zu Zeit auch mal die Frauen der Kollegen mit zu der Versammlung einladet und dort durch die Behandlung eines speziell die Frauen interessierenden Themas versucht wird, das Interesse der Frau an der Organisation wachzurufen. Denn meistens sind es die Frauen, denen am Sonntagvormittag die Zahlung des Wochenbeitrages obliegt. Auch ist es ein Fehler, wenn man bei dem Versuch, jemand für die Organisation zu gewinnen, ihn gleich den ganzen Küchenzettel der Unterstiftungseinrichtungen vor Augen führt. Man soll es nie unterlassen, vor allem und in erster Linie auf den idealen Wert der gesamten Arbeiterbewegung hinzuweisen. Auch die Verschiebung der Machtverhältnisse, welche in den letzten Jahren eingetreten ist, mag zum wesentlichen Teil mit zur Erschwerung der Agitation beigetragen haben. Das sprunghafte Anwachsen unserer Organisation hatte seine Ursache zum großen Teil mit in der Fülle der Einzelkämpfe. Der frisch-fröhliche Kleinkrieg mit dem Unternehmertum war geeignet, das Interesse der Kollegen für die Organisation wachzurufen. Lohnbewegungen wurden oft als das beste Agitationsmittel angesehen. Die Veränderung in unserer Taktik, die sich naturnotwendig mit

der Gründung des Arbeitgeberschutzverbandes vollziehen mußte, wird vielfach falsch beurteilt. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn der Vorstand von Zeit zu Zeit ganz populär geschriebene Flugblätter über die neu auftauchenden Fragen an die Mitglieder und zur Weiterverbreitung an die Unorganisierten ergehen ließe. Flugblätter, die vor allem auf den zeitigen Stand und die Situation unserer Organisation einer Besprechung unterzogen und die Mitglieder zu neuer Tätigkeit auf diesem oder jenem Gebiete anspornen. Die Zeitung genügt dazu allein nicht. Trotzdem sich dieselbe in bezug auf ihren Inhalt auf einer angemessenen Höhe befindet, wird sie leider zu wenig gelesen, und die darin gegebenen Anregungen werden nicht genügend befolgt. Die von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtskurse müßten auch von unserem Verband eine stärkere Beachtung erfahren, um vorhandene Kräfte weiter auszubilden und durch deren Initiative neue Kräfte heranzuziehen. Wenn man noch nach Ursachen der Stagnation unseres Verbandes weiter forschen wollte, so könnte man auch die Gründung nationaler und gelber Gewerkschaften mit in den Kreis der Betrachtungen ziehen. So unbedeutend dieselben auch sind, eines gewissen Einflusses entbehren sie nicht. Prüfen wir deshalb alles, Suchen wir nach neuen Mitteln und Waffen, die wir aus den gegebenen Verhältnissen entnehmen, dann werden wir auch bei Anspannung aller Kräfte, wenn der Verband in zwei Jahren in München wieder zusammentritt, über den Berg der Zweimilchunderttausend hinweg sein.
F. r. Heinemann-Remer haben.

Anzeigen.

Darmstadt. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Eiling, Liebfrauenstraße 87. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

Heinrichsdorf. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich im Lindenhof, Holzberg 27. Umschauen verboten. Anfragen von außerhalb sind an den Kollegen G. Kühne, Heinrichsplatz 1, zu richten.

Elberfeld. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Maschinenmacher und Kochmacher befindet sich Liebfrauenstraße 8. Die Kollegen werden erucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist streng verboten. Die Reiseunterstützung wird nur im Nachweilsbureau ausbezahlt.

Roßdorf. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Begulienberg 10. Wir eruchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen streng verboten.

Schwelm. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schwelmer Geschäftsgebäude, Gr. Moor 51, geöffnet 6 1/2-7 1/2 Uhr abends. Umschauen streng verboten.

Settin. Das Verbandsbureau befindet sich Preußischstraße 20, 6. par., Telefon 4312. Alle Sendungen sind an Gustav Klose zu adressieren. Das Bureau ist geöffnet von 10-1 Uhr vorm. und von 5-7 Uhr nachm. Die Arbeitsvermittlung für sämtliche Branchen erfolgt im Bureau von 10-11 Uhr vorm. Umschauen ist verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eimer, Schwalbacherstraße 71, 1. St. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wehrstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Zeuzleben. Arbeitsnachweis und Reiseunterstützung bei G. Suster, Untere Speichergasse 85. Verzeichnisse im Gewerkschaftshaus.

H. Steysloff, Maschinenarbeiter, geb. 17. 4. 1875 zu Scheubitz, Buchn. 492270, wird aufgefordert, die vom Bauhilfsarbeiter-Verband in Leipzig entnommene Sammelkarte nebst den taillierten Betrag abzuliefern. Mitteilungen über seinen Aufenthalt sind zu richten an die Geschäftsstelle des Holzarbeiter-Verbandes, Leipzig, Belzigerstr. 32 II.

Fritz Gebbert, Pantinenmacher, Buch-Nr. 94473, hat sich von seiner kranken Frau heimlich entfernt. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, die Adresse an den Bevollmächtigten in Weine, G. Detfers, zu senden.

Gustav Nekermann, Schreiner, geben Sie Koffers nach Staufen i. W. Wir bitten alle Kollegen, ihr darauf aufmerksam zu machen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Bremen.
Den Kollegen zur Kenntnis, daß das Umschauen in Bremen für sämtliche Branchen streng untersagt ist. Die zureichenden Kollegen haben sich auf dem Bureau Faulenstr. 58/60, Zimmer 10, zu melden. Dieses gilt außer den Tischlern, ganz besonders den Wobeltischlern, Stellmachern und Kochmachern.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Cassel.
Sonabend, den 24. Oktober 1908
Stiftungsfest
im Gewerkschaftshaus. Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt für Herren 20 Pf., für Damen 10 Pf. Hierzu sind alle Kollegen, auch die aus den benachbarten Distrikten, freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Ein junger tüchtiger Tischlergeselle findet dauernde Beschäftigung. Winterarbeit für Bau auch vorhanden. **Hermann Anras,** Bau- u. Möbeltischlerei, Urnhofstadt, Polen.

Tüchtige Gutformtischler auf Modelle, 75 Pf. Stundenlohn. Reisevergütung. **Alexander Kremener,** Berlin-Pankow, Florastraße 8.
Suche sofort 2 tüchtige Stellmachergehilfen auf Dresch- und Federwagenbau. Dauernde Arbeit. **Otto Britting,** Wagenbauerei, Lützen, Prov. Sachsen.

Tüchtiger selbständiger Kastenmacher auf kleine offene Kasten- und Geschäftswagen findet lohnende und dauernde Beschäftigung. **C. Hasenkrug,** Wagenbauanstalt, Grefenknäde.

Zwei junge Drechsler für dauernd gesucht. **H. Bellmann,** Fallungsbüchel, Bezirk Lüneburg.

Tüchtige Einleger und Polierer gesucht. **Oskar Rocholl, Nachf.,** Stodfabrik, Cassel.

Ein Korbmacher auf Roharbeit gesucht. **Ad. Pfeifer, Achim bei Bremen.**

Junger Korbmacher für sofort oder bald gesucht. Hoher Akkord oder Wochenlohn. Stellung dauernd. Reise wird evtl. vergütet. **Herm. Randewig,** Welfert, Rheinland.

2 Korbmachergehilfen auf Rohr und Reifevorbe, hauptsächlich Rohr, für dauernde Winterarbeit gesucht. **Herm. Billing, Rheine, Westf.**

2 tüchtige Korbmachergehilfen auf geschlagene Arbeit, edig und obal, finden bei sofortigem Antritt dauernde Beschäftigung. **Richard Heyne,** Korbmachermeister, Neuruppin, Wichmannstr. 6.

2 tüchtige Korbmacher auf Großgeschlagene und ein Geselle auf Gestellarbeit sofort bei gutem Lohn gesucht. **Reinhold Hoffmann,** Vorhgeschäft, Dresden, Rudolfstr. 8.

Korbmacher-Werkzeug unter Garantie. Liste gratis. **L. Fogelberg, Heinsberg 9, Rheinl.**

Handsägenschnneider, erste Kraft, durch den Birschenhölzerfabrikation, sofort gesucht. **Handwerkliche Maschinen-Industrie, Cobach i. S., Sachsn.**

Ein tüchtiger solider Birstenmacher gesucht, welcher in allen Arbeiten bewandert ist. Die Stelle ist dauernd. **A. Christanz, Gelnhausen, Hessen-Nassau.**

Gen. f. Fabrik u. Arbeitersfußbekleidung
G. m. b. H.
Ronneburg-Friedrichshalde.
Montag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Restaurant des Herrn Friedrich Ticker, Friedrichshalde,
diesjährige ordentl. Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, 2. Rechnungsprüfung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 3. Bericht des Aufsichtsrats. 4. Wahl eines Vorstandsmittgliedes. 5. Anträge der Mitglieder nach § 36 des Statuts. 6. Geschäftliches.
Die Anträge der Mitglieder müssen 3 Tage vor der Generalversammlung in den Händen des Vorstandes sein.
Der Aufsichtsrat. J. A.: Paul Schröder.

Waldsägerei
Kerbschnitzerei :: Holzbrandmalerei liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw. **J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.** Reichhalt. Katalog gratis u. franco. Laubsägeholz pr. Quadratmeter. Reichhalt. Katalog gratis u. franco. Laubsägeholz pr. Quadratmeter. Reichhalt. Katalog gratis u. franco. Laubsägeholz pr. Quadratmeter.

Größte deutsche Tischler-Fachschule Detmold
Neu. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfohlen: Die Stillehre f. Tischler, mit 100 Abbild. aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reineking, Detmold.

Almanach für das Jahr 1909
Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes
Der neue Almanach wird in kurzer Zeit erscheinen. Die Mitglieder tun deshalb gut, wenn sie ihre Bestellung bei der Lokalverwaltung nicht länger hinauschieben. Der Preis ist wie leither 50 Pfennig pro Exemplar.
Der Verbandsvorstand.

Hobelbänke ■ **Furnierböcke**
■ ■ ■ **Schraubzwingen** ■ ■ ■
fabrizieren billig
Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz.
Katalog auf Wunsch.

In unüber-troffen **einfacher und klarer** Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Die Bauschreinerschule, Die Kunst- und Möbelschreinerschule, Zimmermeisterschule, Holzbildhauerschule, Polierschule** das Wissen, das in den entsprechenden Fachschulen gelehrt wird und dessen man zur Erlangung höher. Stellen bzw. Ablegung ein. Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Prospekte u. Anerkennungs-schreib. grat. u. frko. Ansichtsend. bereitw.
Bonnes & Hachfeld, Potsdam-R. 1.

Sägemeister.
Für ein großes Sägewerk im südlichen Teile der österreichischen Monarchie wird ein erfahrener Sägemeister, der sich auf großen Sägewerken in gleicher Eigenschaft nachweislich schon bewährt hat, gesucht. Hohes Gehalt und dauernde Stellung zugesichert.
Offerten an die
Bosnische Forstindustrie, Eissler & Ortlieb, Wien I,
Dr. Karl Queger-Platz 2.

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23
Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** gesch. neuen Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht:
zwei deutsche Reichspatente
:: eine sofortige Porenfüllung ::
man **erspart Material, Zeit, Arbeit,**
erzielt :::: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes,
vermeidet Gelausschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur.
Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet.
Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritlösliches Polierpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird.
Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend:
1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren
1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren
1 " Patent-Politur zum Reinpolieren
1 " allerfeinsten Politur-Glanzlack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw.
1 " allerfeinsten Kristall-Glanzlack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack)
1 " Schleif- und Polieröl, gelblich
1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke „Hornol“
1 " Porenfüllpulver, gemischte Qualität „Marmor-Mono“
1 " Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun
1 Tüte Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitten schadhafter Holzstellen
1 Stück Korkschiebletz, 120x75x30 mm
zum Ausnahmepreis von **8 Mark** franko inkl. Emballage gegen Nachnahme.
Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat.
Bei Bestellungen genügt die Angabe: **1 Postkollo** zum Versuchspolieren à **8 Mark.**
Mein Lehrbuch über das Beizen, Mattieren, Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in markiger Werkstattsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine **knapp 400** geführte 40 farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über **160** Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenček-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andés-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.
Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.

Verlag von Gebhardt Schaper in Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt und Verlagsanstalt, Berlin SW. 68.